

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 64

FREITAG, DEN 9. AUGUST

2024

I n h a l t :

	Seite		Seite
Beabsichtigung der Entwidmung einer öffentlichen Wegeteilfläche im Stadtteil Neustadt – Jungfernstieg –	1293	Bekanntmachung des Volksbegehrens „Hamburg testet Grundeinkommen“	1294
Wasserschau Scheidebach, Bezirk Harburg	1293	Bekanntmachung des Volksbegehrens „G-9 Ham- burg“	1333
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Harburg „Torfstecherweg“	1293		

BEKANNTMACHUNGEN

Beabsichtigung der Entwidmung einer öffentlichen Wegeteilfläche im Stadtteil Neustadt – Jungfernstieg –

Gemäß § 7 Absatz 2 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) wird folgende Absicht zur Entwidmung eines öffentlichen Weges bekannt gemacht:

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Hamburg-Mitte, Gemarkung Neustadt Nord, belegene Wegeteilfläche Jungfernstieg 56/58 (Flurstück 11915) mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr entwidmet.

Der räumliche Umfang der Entwidmung ergibt sich aus dem Lageplan und ist rot gekennzeichnet. Der Plan über den Verlauf der zu entwidmenden Wegeteilfläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Caffamacherreihe 1-3, Zimmer D6.303, 20355 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die Maßnahme berührt werden, Einwendungen im Fachamt vorbringen.

Hamburg, den 26. Juli 2024

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1293

Wasserschau Scheidebach, Bezirk Harburg

Das Bezirksamt Harburg wird am 17. und 18. September 2024 eine Wasserschau gemäß § 66 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) am Scheidebach von Cuxhavener Straße bis Hönermoor bzw. Hundeplatz durchführen. Zeitlicher Ablauf:

17. September 2024 ab 13.30 Uhr:
Cuxhavener Straße bis Neuwiedenthaler Straße;

18. September 2024 ab 13.30 Uhr:
Neuwiedenthaler Straße bis Hönermoor bzw. Hundeplatz.

Das Gewässer ist zum Schautermin von den Grundstückseigentümern gemäß § 35 HWaG zu unterhalten: Böschung und Sohle sind zu mähen, Müll und Laub zu entfernen. Weitere Informationen: Siehe aktuelles Infoschreiben, das an alle Grundstückseigentümer versendet wird oder Bezirksamt Harburg, Wasserwirtschaft, Herr Ridder: 040/42871-3439 oder Frau Emich: 040/42871-2170.

Hamburg, den 23. Juli 2024

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1293

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Harburg „Torfstecherweg“

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) in der

jeweils gültigen Fassung wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Fischbek, Ortsteil 715, belegene Verbreiterungsfläche des Weges „Torfstecherweg“ (Flurstück 9256) mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Harburg, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 217, 21073 Hamburg, zur Einsicht für jedermann aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei oben genannter Dienststelle vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 30. Juli 2024

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1293

Bekanntmachung des Volksbegehrens „Hamburg testet Grundeinkommen“

I.

Durchführung eines Volksbegehrens

Auf Grund von § 7 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – VAbstG – vom 20. Juni 1996 (HmbGVBl. S. 136), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2021 (HmbGVBl. S. 347), wird bekannt gemacht:

In der Zeit

vom 10. September 2024 (Dienstag)
bis zum 30. September 2024 (Montag)

wird in Hamburg ein Volksbegehren durchgeführt.

II.

Allgemeines

Nach Artikel 50 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (HmbBL. I 100-a), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 2023 (HmbGVBl. S. 169), kann das Volk im Rahmen der Volksabstimmung auch direkt an der Gesetzgebung mitwirken oder eine Befassung der Bürgerschaft mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen. Die Volksgesetzgebung erfolgt in drei Schritten:

- Volksinitiative,
- Volksbegehren und
- Volksentscheid.

Das zugrunde liegende Anliegen muss bei allen drei Schritten von den zur Bürgerschaft Wahlberechtigten in einem bestimmten Umfang unterstützt werden, wenn die Volksgesetzgebung erfolgreich abgeschlossen werden soll.

III.

Wortlaut des Volksbegehrens

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens „Hamburg testet Grundeinkommen“ ist der Anlage 1 zu entnehmen.

IV.

Namen und Anschrift der vertretungsberechtigten Personen für das Volksbegehren

Die Initiatoren werden durch die folgenden Personen vertreten:

- Herrn Gregor Schürmann,
- Herrn Rainer Ammermann,
- Frau Karen Löhnert.

Die Erreichbarkeitsanschrift der Vertrauenspersonen ist nachstehend aufgeführt. Dort werden auch Auskünfte zu Inhalt und Ziel des Volksbegehrens gegeben: Hamburg testet Grundeinkommen, c/o eeden Hamburg, Stresemannstraße 132a, 22769 Hamburg.

V.

Verfahren

1. Allgemeines

Das Volksbegehren kommt zustande, wenn es von mindestens einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten – also hier 65.835 Eintragungsberechtigten – unterstützt worden ist; zugrunde gelegt wird die Zahl der 1.316.691 Wahlberechtigten aus der vorangegangenen Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 (§ 16 Absatz 1 VAbstG).

Das Volksbegehren wird durch eigenhändige Unterzeichnung der Eintragungsberechtigten in Eintragungslisten bei den öffentlichen Eintragungsstellen oder in freier Sammlung durch die Initiatoren oder durch Briefeintragung unterstützt (§ 9 Absatz 1 VAbstG). Die Eintragungslisten der örtlich zuständigen Stellen liegen bei den nachstehend aufgeführten „öffentlichen Eintragungsstellen“ aus (siehe Anlage 2).

Eine eintragungsberechtigte Person, die des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Behinderung gehindert ist, die Eintragung eigenhändig vorzunehmen, darf eine Hilfsperson bestimmen, die ihr bei der Eintragung behilflich sein soll. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Eintragung eines anderen erlangt hat (§ 10 der Volksabstimmungsverordnung vom 19. Juli 2005, zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Oktober 2023 [HmbGVBl. S. 335]).

Die Volksinitiatoren sind berechtigt, Unterschriften zu sammeln (§ 9 Absatz 1 VAbstG). Nähere Einzelheiten sind hierzu bei den Volksinitiatoren zu erfragen (Anschrift siehe unter IV.). Die Eintragsfrist beginnt am 10. September 2024 und endet am 30. September 2024. Eintragungsberechtigte, die das Volksbegehren nicht unterstützen wollen, müssen nichts tun. Sie leisten keine Unterschrift – weder in einer Eintragungsliste bei den örtlich zuständigen Stellen oder bei den Volksinitiatoren noch bei der Briefeintragung.

2. Eintragungsberechtigung

Eintragungsberechtigt sind nach § 11 VAbstG in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft – Bürgerschaftswahlgesetz – in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. November 2023 (HmbGVBl. S. 374), alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Tage des Ablaufs der Eintragsfrist (30. September 2024)

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 30. September 2008 geboren sind und

- seit mindestens drei Monaten, also mindestens seit dem 30. Juni 2024, im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ihre (Haupt-)Wohnung haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und
- nicht nach § 7 Absatz 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist nach § 7 Absatz 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.

Eintragungsberechtigt sind auch wohnungslose Deutsche, wenn sie am 30. September 2024 die oben genannten Voraussetzungen erfüllen. Personen ohne festen Wohnsitz müssen dem Eintragungsformular zusätzlich eine Versicherung beifügen, in der sie versichern, dass sie die Eintragungsvoraussetzungen erfüllen.

Dies gilt auch für Eintragungsberechtigte, die sich im Vollzug gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (Teilanstalt für Frauen, Teilanstalt für Jugendarrest) oder der Justizvollzugsanstalt Glasmoor befinden.

3. Unterstützung des Volksbegehrens durch persönliche Eintragung in Eintragungslisten der öffentlichen Eintragungsstellen

3.1 Die Eintragung kann in einer Liste der Volksinitiatoren oder einer Liste einer der in Anlage 2 aufgeführten öffentlichen Eintragungsstellen unabhängig vom jeweiligen Wohnbezirk in Hamburg erfolgen.

3.2 Das Volksbegehren wird durch eigenhändige Unterzeichnung in Eintragungslisten unterstützt. Die Eintragung muss den Vor- und Familiennamen, das Geburtsjahr, die Wohnanschrift und die Unterschrift der eintragungsberechtigten Personen enthalten (§ 12 Absatz 1 Satz 1 VAbstG).

4. Unterstützung des Volksbegehrens durch Briefeintragung

4.1 Die Eintragung kann auch durch Briefeintragung vorgenommen werden. Zur Briefeintragung erhält die eintragungsberechtigte Person ein Eintragungsformular und einen kostenfreien Rücksendeumschlag.

4.2 Die zur Briefeintragung erforderlichen Unterlagen können schriftlich bei der Briefeintragungsstelle beantragt werden (siehe unter VII.). In dem Antrag sind Vor- und Familienname sowie die Anschrift anzugeben. Der Antrag kann auch per Telefax oder E-Mail gestellt werden, nicht aber per Telefon. Der Antrag kann auch über das Internet unter <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/themen/wahlen/volksabstimmungen>

gestellt werden. Will jemand für eine andere Person den Antrag zur Briefeintragung stellen, so muss durch schriftliche Vollmacht nachgewiesen werden, dass diese Person dazu berechtigt ist.

Die Zusendung der Eintragungsunterlagen erfolgt ab dem 20. Tag vor Beginn der Eintragsfrist, also ab dem 20. August 2024.

4.3 Die Landesabstimmungsleitung stellt 20 Tage vor Beginn der Eintragsfrist bis zum Ablauf des letzten Tages der Eintragsfrist im Internet Eintragungsformulare zur Verfügung (<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/themen/wahlen/volksabstimmungen>). Diese können heruntergeladen, ausgedruckt, unterschrieben und an die Briefeintragungsstelle übersandt oder dort abgegeben werden.

4.4 Das Eintragungsformular muss im Original bis zum Ende der Eintragsfrist bei der Briefeintragungsstelle vorliegen, also bis zum 30. September 2024 (Montag), 24.00 Uhr (§ 13 Absatz 3 VAbstG). Eine Übermittlung per Telefax oder E-Mail ist unzulässig.

VI.

Öffentliche Eintragungsstellen

Öffentliche Eintragungsstellen sind die Hamburg-Service Vor Ort-Standorte für Einwohnerangelegenheiten. Die Eintragungszeit entspricht den Öffnungszeiten der Standorte.

Die öffentlichen Eintragungsstellen können der Anlage 2 entnommen werden.

VII.

Briefeintragungsstelle

Es wird folgende Briefeintragungsstelle eingerichtet:

Bezirksamt Hamburg-Nord

Briefeintragungsstelle

Kümmellstraße 7, 20249 Hamburg

E-Mail-Adresse:

vb-grundeinkommen@hamburg-nord.hamburg.de

Telefax-Nummer: 040/42 79 - 048 01

Telefonnummer: 040/4 28 04 - 23 33

Hamburg, den 9. August 2024

Der Landesabstimmungsleiter

Amtl. Anz. S. 1294

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung eines Grundeinkommen-Modellversuchs im Land Hamburg

Überarbeitete Fassung vom 14.06.2024

Begründung - A. Allgemeiner Teil

I. Ziel des Gesetzes

Ziel dieses Gesetzes ist die Durchführung eines wissenschaftlichen Modellversuchs mit mehreren Varianten eines Modell-Grundeinkommens zur Erforschung der Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens bezogen auf die Bevölkerung des Landes Hamburg.

Die Teilnehmenden des Modellversuchs sollen durch das Modell-Grundeinkommen eine grundlegende finanzielle Sicherheit und zugleich Gestaltungsfreiheit erhalten, indem ihnen im Unterschied zu bestehenden Sozialleistungen das Existenzminimum unabhängig von der Erwerbsbereitschaft und persönlicher Lebensumstände bzw. -entscheidungen sowie ohne stigmatisierendes Antrags- und Prüfverfahren garantiert wird.

Mit Hilfe wissenschaftlicher Erhebungen sollen insbesondere das Verhalten, soziale Interaktionen, die Gesundheit und die Lebenszufriedenheit, die soziale und wirtschaftliche Situation sowie das bürgerschaftliche und soziale Engagement der Teilnehmenden auf der Basis des gewährten Modell-Grundeinkommens erforscht werden, um daraus Erkenntnisse für die mögliche flächendeckende und dauerhafte Einführung von Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens abzuleiten.

II. Problem und Lösung

Die Unterstützung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und ähnlicher Konzepte wird im öffentlichen Diskurs mit weitreichenden Erwartungen verbunden. Es soll dazu beitragen, Armut und soziale Notlagen zu beseitigen, den individuellen Freiheitsspielraum zu vergrößern sowie die Entwicklungschancen jedes Einzelnen und die soziale und kulturelle Situation im Gemeinwesen nachhaltig zu verbessern. Insbesondere ökonomische Krisen (z.B. durch die Corona-Pandemie oder eine hohe Inflation) und einschneidende Veränderungen der persönlichen Lebensverhältnisse zeigen für Menschen in allen sozialen Schichten der Bevölkerung die Potenziale eines bedingungslosen Grundeinkommens auf.

Nach gängigen Definitionen in Deutschland soll es

- die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen,
- einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie
- ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden;

Die Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit von diesen Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens sind jedoch umstritten. Mit dem Gesetz wird die Möglichkeit der wissenschaftlichen Erforschung verschiedener grundlegender Fragen geschaffen, indem mehrere Varianten eines Modell-Grundeinkommens getestet werden. Zugleich werden mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen und die Ausgestaltung des Modellversuchs geregelt.

Eckpunkte des Modellversuchs

Im Modellversuch sollen bis zu 2000 Teilnehmenden in zusammenhängenden Hamburger Versuchsgebieten für 36 Monate Varianten eines Modell-Grundeinkommens gewährt werden. Die Teilnehmenden und eine Kontrollgruppe nehmen dabei an wissenschaftlichen Erhebungen teil.

Das bedingungslose Grundeinkommen wird in Deutschland in zwei grundlegenden Varianten diskutiert: Einer für alle bezugsberechtigten in gleicher Höhe ausbezahlten sogenannten „Sozialdividende“ einerseits sowie einer in Form einer sogenannten „negativen Einkommensteuer“, bei der das verfügbare Einkommen der berechtigten Personen mit berücksichtigt wird. Der vorliegende Gesetzentwurf modelliert das Modell-Grundeinkommen hierbei aus der zweiten Variante, der negativen Einkommensteuer.

Dabei werden im Modellversuch insbesondere folgende Elemente verwirklicht, die auch Teil des Konzeptes eines bedingungslosen Grundeinkommens sind:

- Wegfall des Forderns (mit Ausnahme der Teilnahme an den Erhebungen);
- Wegfall der Zusammenfassung von Bedarfen mehrerer Personen in sog. „Bedarfsgemeinschaften“, statt dessen jeweils individuelle Betrachtung der Teilnehmenden am Modellversuch (weitgehend abgebildet);
- Wegfall der Notwendigkeit, bei einer passenden Sozialbehörde bei Auftreten einer Bedürftigkeitssituation einen jeweils spezifischen Antrag zu stellen (teilweise abgebildet).

Im Einzelnen bilden die Varianten eines Modell-Grundeinkommens die Elemente eines Bedingungslosen Grundeinkommens in folgender Weise und in Teilen begrenzt ab:

Element: Ermöglichung der Existenzsicherung und gesellschaftlichen Teilhabe

Es wird ein Grundbedarf definiert, der mindestens dem für das jeweilige Jahr offiziell festgesetzten Existenzminimum entspricht. Zudem sollen Zusatzbedarfe berücksichtigt werden. Darüber hinaus steht den Teilnehmenden die Beantragung von Wohngeld nach WoGG weiter offen.

Element: Individueller Rechtsanspruch

Der Grundbedarf wird im Modellversuch individuell in voller Höhe gerechnet, unabhängig von weiteren Haushaltsangehörigen bzw. sozialrechtlich definierten Bedarfsgemeinschaften. Ein Rechtsanspruch wird durch die Definition der Teilnahmeberechtigung im Versuchsgebiet nachgebildet.

Element: Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Im Unterschied zu den meisten bestehenden Sozialleistungen, muss zur Teilnahme am Modellversuch keine Bedürftigkeit vorliegen. Der Modellversuch steht unterschiedslos allen

Personen offen, die am Stichtag ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den für den Versuch ausgewählten Gebieten haben. Der Grundbedarf wird ihnen ohne stigmatisierendes Antrags- und Prüfungsverfahren gewährt. Die monatlichen Auszahlungsbeträge variieren jedoch und können auf Null fallen, weil veränderte Einkommenssteuersätze simuliert und bei der Auszahlung gegengerechnet werden. Daher findet eine Bedürftigkeitsprüfung im Sinne einer einfachen Einkommensfeststellung je Monat statt. Sinkt im Verlauf des Modellversuchs das anzurechnende Einkommen eines Monats unter eine definierte Schwelle oder entfällt ganz, wird der Grundbedarf mit einer Auszahlung entsprechend anteilig oder vollständig gedeckt, ohne dass eigenes Vermögen oder Einkommen anderer Haushaltsangehöriger berücksichtigt werden. Zudem werden im Modellversuch Zusatzbedarfe bedürftigkeitsgeprüft gewährt. Für Wohnkosten über dem festgesetzten Existenzminimum steht die separate Beantragung von bedarfsgeprüften Leistungen nach WoGG offen.

Element: Ohne Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen

Ein zentraler Unterschied eines bedingungslosen Grundeinkommens zu den etablierten Sozialleistungen ist das Fehlen der Bedingungen, die beim staatlichen Bürgergeld nach SGB II mit dem Begriff „Fördern und Fordern“ umschrieben werden. Das Merkmal des „Forderns“ bedeutet dabei, dass

- a) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen müssen;
- b) Aktiv an allen Maßnahmen zu ihrer Eingliederung in Arbeit mitwirken müssen;
- c) insbesondere einen Kooperationsplan abschließen müssen;
- d) im Rahmen der vorrangigen Selbsthilfe und Eigenverantwortung eigene Potenziale nutzen und Leistungen anderer Träger in Anspruch nehmen sollen.
- e) in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen haben, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten
- f) ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen einsetzen müssen.

(§ 2 SGB II)

Für Teilnehmende im Modellversuch wird keines dieser Merkmale als Bedingung für eine (weitere) Gewährung des Modell-Grundeinkommens angewendet. Es werden nur Gegenleistungen gefordert, die mit der Teilnahme am Modellversuch als solche begründet sind, wie die Teilnahme an der wissenschaftlichen Erhebung und die Erteilung der benötigten Informationen. Weitere Gegenleistungen sind nicht vorgesehen.

Insgesamt führt das Forschungsdesign nicht in erster Linie dazu, den Teilnehmenden am Modellversuch ein größeres Einkommen zur Verfügung zu stellen als sie außerhalb des Modellversuchs verfügbar hätten. Der Modellversuch misst also die Wirkung eines Modell-Grundeinkommens, bei dem die Sicherung des Existenzminimums individueller, ohne Zwang zur Arbeit, bürokratieärmer sowie stigmatisierungsfreier stattfindet als im status quo.

Forschungsinteresse

Mit den o.g. Elementen des Modell-Versuchs können beispielsweise folgende Forschungsinteressen adressiert werden:

- Welchen Einfluss hat die Reduzierung der Bedürftigkeitsprüfung auf eine einfache Einkommensfeststellung bei Gewährung des allgemeinen Existenzminimum auf die materielle, mentale und psychosoziale Lebenssituation der Teilnehmenden?
- Inwiefern bringt der Wegfall von Elementen des „Forderns“ eine von den Wirkungen etablierter Sozialleistungen abweichende Wirkung mit sich, insbesondere im Hinblick auf (Weiter-)Bildung, Erwerbstätigkeit und unentgeltliche Care-Arbeit.
- Welche Effekte hat die Gewährung von Modell-Grundeinkommen für einen Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers auf die dortigen nachbarschaftlichen Aktivitäten.
- Wie ändert sich das Zusammenleben in Mehrpersonen-Haushalten, in denen alle Personen am Modellversuch teilnehmen und somit eine jeweils individuell eigenständige finanzielle Sicherheit haben?
- Wie entwickelt sich die Akzeptanz gegenüber den im Modell-Grundeinkommen modellierten Elementen eines Bedingungslosen Grundeinkommens durch die eigene Teilnahme im Modellversuch im Vergleich zu nicht teilnehmenden Personen?
- In welchem Maße zeigen die Verhaltensänderungen der Teilnehmenden im Modellversuch fiskalische Mehrkosten auf, die bei der Einführung von Elementen eines Bedingungslosen Grundeinkommens zu kalkulieren wären.
- Welche Vor- und Nachteile zeigen die Verwaltungsverfahren zur Bestimmung der Grund- und Zusatzbedarfe sowie zur Berechnung und Überweisung der Auszahlungsbeträge der Modell-Grundeinkommen im Hinblick auf die Umsetzbarkeit von Elementen eines Bedingungslosen Grundeinkommens?
- Welchen praktischen Herausforderungen begegnen Teilnehmende und Verwaltung an den rechtlichen und prozessualen Schnittstellen des Übergangs zwischen bestehenden Sozialleistungen und Modell-Grundeinkommens und was kann daraus für die mögliche Einführung von Elementen eines Bedingungslosen Grundeinkommens abgeleitet werden?
- Welche Unterschiede zeigen sich bei den gewonnenen Erkenntnissen zwischen den verschiedenen zu testenden Varianten von Modell-Grundeinkommen?

Bildung der Stichprobe

Die Zahl der Teilnehmenden am Modellversuch laut diesem Gesetzentwurf ist so groß gewählt, dass zu erwarten ist, dass die gemessenen Effekte robust nachweisbar sind, d. h. dass statistisch signifikant nachzuweisen ist, dass es sich bei den gemessenen Effekten um Wirkungen des Modell-Grundeinkommens handelt und nicht um Zufallseffekte.

Dabei sind statistisch signifikante Effekte naturgemäß bezogen auf die gesamte Stichprobe einfacher nachweisbar als für kleinere Teilgruppen, z. B. nur Teilnehmende eines bestimmten Geschlechts, eines bestimmten Erwerbsstatus oder bestimmte Altersgruppen.

Die Stichprobe wird durch das Auswahlverfahren dabei so gebildet, dass sie möglichst repräsentativ für die Bevölkerung Hamburgs (sog. Grundgesamtheit) ist. Dies wird erreicht,

indem zu Beginn eine Auswahl unter den statistischen Gebieten Hamburgs getroffen wird, deren Einwohnendenstruktur möglichst gut durchmischt ist. Je nachdem, welche Personen sich dann zur Teilnahme am Modellversuch bereiterklären, kann die Rekrutierung in weiteren, möglichst angrenzenden statistischen Gebieten so fortgeführt werden, dass alle Bevölkerungsgruppen nach Abschluss der Rekrutierung im Modellversuch möglichst gleichmäßig vertreten sind.

Bevölkerungsgruppen, die durch die Teilnahme am Modellversuch der Voraussicht nach rein monetär wenig oder gar nicht profitieren, ist die Bedeutung einer Teilnahme am Modellversuch dabei besonders zu vermitteln. Neben der allgemeinen Unterstützung des wissenschaftlichen Erkenntnistrebens und einer unabhängig von der persönlichen Situation gewährten Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen erhalten alle Teilnehmenden für die Dauer des Modellversuchs auch eine Absicherung für evtl. im Laufe des Modellversuchs durch persönliche Veränderungen neu auftretende Bedarfslagen. So ist es denkbar, dass eine Person zu Beginn des Modellversuchs von der Teilnahme erst einmal nicht finanziell profitiert, dann aber im Verlauf des Modellversuchs durch eine persönliche Veränderung in eine Bedarfslage eintritt, bei der sie einen monatlichen Auszahlungsbetrag erhält.

Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes erfordert, dass auch Gruppen, für die für sich genommen mit quantitativen Methoden kein signifikantes Ergebnis erwartet wird, im Modellversuch mitberücksichtigt werden. Ein Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie z. B. wohnungsloser Personen, verbietet sich daher schon aus ethischen Gesichtspunkten. Die quantitativ messbaren Effekte in diesen Personengruppen fließen zum einen wie bei allen Versuchsteilnehmenden in die generelle Auswertung der Effekte in der Stichprobe mit ein. Besteht ein Interesse an spezifischen Effekten in einer solchen relativ kleinen Personengruppe, z. B. der Frage, wie sich die Lebens- und Wohnsituation wohnungsloser Personen bei der Teilnahme am Modellversuch ändert, so lassen sich diese Effekte mit qualitativen Methoden, z. B. qualitativen Tiefeninterviews, erfassen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass selbst bei einer sehr kleinen Gruppe von wenigen Teilnehmenden ein starker Effekt messbar ist, der dann trotz der geringen Personenzahl innerhalb dieser Gruppe statistisch signifikant nachweisbar ist.

Zur statistischen Power trägt auch die Größe der Kontrollgruppe bei. Hierbei entstehen vergleichsweise wenig Kosten, da in der Kontrollgruppe keine Auszahlungen stattfinden und nur eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an den Befragungen anfällt. Dabei ist auch eine ausreichende Absprungrate zu berücksichtigen.

Es wird davon ausgegangen, dass Familien, die gemeinsam innerhalb des Versuchsgebiets wohnen und bei denen damit auch alle Mitglieder zur Teilnahme am Modellversuch aufgefordert werden, im Regelfall als Ganzes teilnehmen. Ein wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn ist jedoch auch möglich, wenn nur ein Teil der Familie am Modellversuch teilnimmt. Ein Ausschluss von Personen, bei denen sich Familienangehörige des gleichen Haushalts weigern, am Modellversuch teilzunehmen, ist auch aus ethischen Gesichtspunkten und dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nicht angebracht.

Diskussion des Forschungsansatzes

Im Unterschied zu einem bedingungslosen Grundeinkommen bzw. zu gängigen Konzepten davon fehlen den Modell-Grundeinkommen im Modellversuch insbesondere diese Elemente:

- lebenslange Gewährung „von der Wiege bis zur Bahre“;
- flächendeckende Einführung in der gesamten Volkswirtschaft;
- Umfassende Anpassung des Steuersystems mit möglichen Steuer Mehrbelastungen;
- Auszahlung als Sozialdividende, also ohne Einkommensanrechnung.

Somit entspricht der Modellversuch einer in der Forschung üblichen Laborsituation, bei der nicht alle Rahmenbedingungen vollständig bzw. realistisch nachgebildet werden können. Insbesondere sind gesamtwirtschaftliche Bedingungen und Effekte nicht unmittelbar anwendbar bzw. messbar.

Mit der Einkommensanrechnung bildet der Modellversuch ein Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommenssteuer ab, die bis zu einer bestimmten Einkommenshöhe zu einer ausgezahlten Einkommenssteuergutschrift führt. Auch Leistungen nach SGB III (ALG I) und Kindergeld bzw. Kindergrundsicherung werden nicht ersetzt, sondern ebenfalls als Einkommen angerechnet. Dadurch wird der Anspruch der meisten Grundeinkommens-Konzepte, alle Leistungen des Existenzminimums in einer Auszahlung aus einer Hand zu bündeln, im Modellversuch nicht (vollständig) realisiert. Andererseits sollen wesentliche Zusatzbedarfe im Modellversuch gewährt werden, um die parallel erforderliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu minimieren. Die dafür vorgesehene Bedürftigkeitsprüfung widerspricht nicht dem Ansatz des bedingungslosen Grundeinkommens, das zusätzliche bedarfsgeprüfte Leistungen oberhalb des Existenzminimums ohnehin nicht ausschließt und in mehreren Konzepten sogar ausdrücklich berücksichtigt.

Teilnehmende erhalten für Monate mit ausreichend eigenem Einkommen keine Auszahlung. Jedoch werden auch diese Personen in ihren Lebens- und Alltagsentscheidungen davon beeinflusst, dass bei freiwilligem oder unfreiwilligem Verlust der eigenen Einkommensquelle ein Grundeinkommen ausgezahlt wird, das nicht an sozialrechtliche Bedürftigkeit oder Bedingung einer Gegenleistung geknüpft ist. Diese Personen müssen daher Teil des Modellversuchs sein, und ihnen bietet sich auch eine entsprechende Motivation, weil diese Form der finanziellen Sicherheit und Freiheit für sie eine grundlegend neue Ausgangssituation ist.

Selbst wenn im Modellversuch für bestimmte Einkommensgruppen keine Effekte erwartet bzw. sichtbar werden, sollten sie nicht strukturell von vornherein aus dem Modellversuch ausgeschlossen werden. Auch die Erkenntnis, dass sich nichts ändert, kann ein Ergebnis von Forschung sein.

Der Modellversuch bildet nicht ab, dass Personen ggf. bei Einführung eines Grundeinkommens je nach Modell eine höhere steuerliche Nettobelastung gegenüber der aktuellen Steuersituation haben könnten. Es ist auch nicht per se vorzusetzen, dass die Einführung eines BGE in der gesamten Volkswirtschaft überhaupt negative Folgen für die beteiligten Individuen hätte. So ist es denkbar, ein BGE-Modell zu entwerfen, bei dem alle Beteiligten grundsätzlich die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung haben wie im heute

etablierten System, dem die Kontrollgruppe zugeordnet bleibt. Bei einer solchen Modellierung eines BGE als negative Einkommenssteuer bleibt der zentrale Unterschied der Wegfall des Prinzips der Gegenleistung und der individuelle Anspruch. Fiskalische Mehrkosten gegenüber dem status quo würden dann nur entstehen, wenn das Einkommenssteuer-Volumen aufgrund zurückgehender Erwerbstätigkeit sinkt. Weitere Mehrkosten entstünden durch eine Anhebung des Grundbedarfs um den Faktor 1,05 sowie die Nicht-Berücksichtigung sogenannter „Bedarfsgemeinschaften“, die die Modellierung des Modell-Grundeinkommens vom status quo (Kontrollgruppe) unterscheidet.

Die Erforschung dieser möglichen fiskalischen Mehrkosten bei einer flächendeckenden und dauerhaften Einführung von Elementen eines BGE ist eines der Forschungsinteressen des vorliegenden Vorhabens. Gerade auch die parallele Modellierung und Testung unterschiedlicher Konstruktionen des Modell-Grundeinkommens soll hier Hinweise liefern, wie ein Grundeinkommen gestaltet werden müsste, um möglichst budgeteffizient umgesetzt zu werden. Auf Grundlage der im Modellversuch gewonnenen Erkenntnisse können dann beispielsweise mit Hilfe von Mikrosimulationen die fiskalischen Wirkungen verschiedener Konstruktionen eines Grundeinkommens zusammen mit möglichen Vorschlägen zur Gegenfinanzierung der gesellschaftlichen Mehrkosten berechnet werden.

Es ist keinesfalls zwingend, diese Mehrkosten durch eine erhöhte Einkommenssteuer direkt auf die Individuen umzulegen. Stattdessen sind hier vielfältige Finanzierungsansätze denkbar. Würden die Mehrkosten durch eine Vermögenssteuer auf die Vermögen der reichsten 1% der Bevölkerung ausgeglichen, so beträfe das statistisch gesehen 20 der 2.000 Versuchsteilnehmenden. Um die Änderungen im Verhalten dieser Personen bei der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer wissenschaftlich zu fassen, bedarf es anderer, ergänzender methodischer Ansätze. Dasselbe gilt für die Erforschung von Wirkungen einer CO₂-Steuer, veränderter Erbschafts- und Schenkungssteuerregelungen oder der Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Hierzu können weitere, auch international durchgeführte Studien sowie die genannten Mikrosimulationen weiteren Aufschluss geben.

Wenn durch den Modellversuch besser eingrenzbar ist, ob und wenn ja, welche Mehrkosten durch verschiedene Varianten des Modell-Grundeinkommens entstehen, können Finanzierungsvorschläge abgewogen werden und deren Folgewirkungen und Rückkopplungen auf die Beziehenden des Modell-Grundeinkommens unter Zuhilfenahme von Simulationsmodellen und in anderen Forschungsvorhaben gewonnenen Erkenntnissen abgeschätzt werden.

Natürlich besteht in jeder wissenschaftlichen Forschung immer das Risiko, dass der Erkenntnisgewinn hinter den Erwartungen zurückbleibt oder gar ganz ausbleibt. Die aus der Zivilgesellschaft gegründete Initiative „Expedition Grundeinkommen“, die den in diesem Gesetzentwurf festgelegten Forschungsrahmen mitentwickelt hat, steht seit der Gründung mit dem DIW Berlin im Austausch zu den Möglichkeiten einer effektiven wie effizienten Form der wissenschaftlichen Begleitforschung im Fall einer positiven politischen Entscheidung, ein solches Feldexperiment durchzuführen und wissenschaftlich zu evaluieren.

Prof. Jürgen Schupp, Wissenschaftler und Senior Research Fellow in der forschungs-basierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin, äußert sich in einer Stellungnahme zum vorgelegten Gesetzentwurf:

“Die im Gesetzentwurf genannte Stichprobengröße einer Maßnahme(n)gruppe in Höhe von 2.000 Personen würde demnach sicherstellen, dass die (möglichen) Wirkungseffekte der Modell-Grundeinkommen hinsichtlich mehrerer sozio-demographischer Merkmale statistisch abgesichert werden können und die Studienergebnisse auch international als bedeutsames Experiment zum Grundeinkommen wahrgenommen und eingeordnet würden.

Der im Gesetzentwurf skizzierte methodische Ansatz, regional geklumpfte Stichproben zu wählen, ist grundsätzlich möglich und folgt dabei einem Stichprobendesign wie es auch beim jährlichen Mikrozensus gewählt wird. Hierzu ist anzumerken, dass durch Klumpungen einer Stichprobe einerseits zusätzliche reizvolle inhaltliche Fragestellungen adressiert werden können, aber andererseits hiermit auch Einschränkungen der statistischen Power verbunden sind. Bei der festzulegenden Gesamtgröße der Untersuchungsstichprobe ist zu beachten, dass sowohl bei Berechnungen der „statistischen Power“ als auch bei der Kostenberechnung nicht alleine die Gruppe der durch Zahlungen eines BGE betroffenen Personen berücksichtigt werden darf, sondern auch die entsprechende Vergleichsgruppe von Relevanz ist und vor allem für eine wissenschaftliche Evaluierung der Wirkungen eine zentrale Bedeutung hat.

Eine parallele Testung mehrerer Varianten und die Ermittlung unterschiedlicher Wirkungsgrade (Elastizitäten) ist grundsätzlich zu begrüßen und folgt damit ebenfalls internationalen Vorgängerstudien. Jedoch ist auch an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass der Kostenrahmen hier Begrenzungen erforderlich machen wird.

Vor diesem Hintergrund steht das DIW Berlin einem mit dem vorliegenden Gesetzentwurf durch das Land Hamburg beauftragtem sowie finanzierten Feldversuch aus wissenschaftlicher Sicht insgesamt grundsätzlich sehr positiv gegenüber.”

(zit. aus der Stellungnahme von Jürgen Schupp, DIW Berlin, v. 2.6.2024:

https://www.grundeinkommen-hamburg.de/wp-content/uploads/2024/06/Stellungnahme_JSCHUPP_DIW_Berlin_2024_06_02-Hamburg.pdf)

Fazit

Mit dem skizzierten Modellversuch trägt das Gesetz mit den erwarteten Erkenntnissen zu der Entscheidung der Frage bei, ob und wie aufgrund der Erfahrungen und Erkenntnisse eine flächendeckende, dauerhafte Einführung eines Grundeinkommens umgesetzt werden kann. In der öffentlichen Diskussion werden verschiedene Vorschläge zur Ausgestaltung von Grundeinkommenskonzepten auf der Basis der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens vorgebracht. Diese unterscheiden sich untereinander teils erheblich und erschweren die Diskussion über die Einführung, da nicht nur entschieden werden muss, ob ein Grundeinkommen eingeführt werden soll, sondern auch in welcher Form.

Um eine differenzierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen, fordert das Gesetz daher, verschiedene Varianten von Modell-Grundeinkommen parallel zu erproben. So können detaillierte Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Varianten des Modell-Grundeinkommens welche Effekte haben.

III. Alternativen

Bestehende internationale Studien liefern keine ausreichenden Erkenntnisse. Sie beantworten die Frage nach Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit verschiedener Varianten von Grundeinkommenskonzepten bezogen auf die Bevölkerung des Landes Hamburg nur begrenzt, da sie entweder in einem nicht vergleichbaren gesellschaftlichen Kontext durchgeführt wurden, nur erwerbslose Personen an der Studie teilnehmen durften und/oder die Zahl der Teilnehmenden sehr gering und damit nicht statistisch aussagekräftig war.

Alternativ wäre es möglich, Befragungen durchzuführen, bei denen Betroffene die möglichen Veränderungen selbst einschätzen. Diese Untersuchungen sind jedoch in ihrer Aussagekraft stark begrenzt, da Selbsteinschätzungen kein belastbarer Indikator für tatsächliche Veränderungen in realen Lebensverhältnissen sind.

Statt eines Modellversuchs könnten Mikrosimulationen durchgeführt werden. Diese sind jedoch in ihrer Aussagekraft ebenfalls begrenzt, da hier nicht die tatsächliche Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit in realen Lebensverhältnissen und die daraus resultierenden veränderten Spielräume und Entscheidungen untersucht werden, sondern eine computergestützte Simulation dieser Entscheidungen durchgeführt wird. Die genannten Alternativen können daher die Durchführung eines Modellversuchs in Hamburg nicht ersetzen.

Gerade für komplexe Politik-Vorschläge wie das BGE können in einem einzelnen Experiment bzw. einem einzelnen Forschungsvorhaben niemals alle komplexen Folgewirkungen gleichzeitig erforscht werden. Vielmehr bauen verschiedene Forschungsvorhaben hier aufeinander auf. Genauso, wie in der konkreten Ausgestaltung und Durchführung des vorgeschlagenen Modellversuchs Erkenntnisse aus vorangegangenen Studien einfließen werden, so werden die Ergebnisse des hier vorgeschlagenen Vorhabens auch Erkenntnisbausteine liefern, die in weitere Forschungsvorhaben einfließen können.

IV. Zulässigkeit/Gesetzgebungskompetenz

Im Falle des im Jahr 2020 beantragten Volksbegehrens "Hamburg soll Grundeinkommen testen!" hat das Hamburgische Verfassungsgericht die Zulässigkeit und Gesetzgebungskompetenz eines zum vorliegenden Entwurf in wesentlichen Merkmalen inhaltsgleichen Gesetzesentwurfs geprüft (vgl. HVerfG 12/20). Mit Urteil vom 12.07.2023 hat das Gericht die Gesetzgebungskompetenz für das Land Hamburg bestätigt und zugleich das beantragte Volksbegehren für unzulässig erklärt, weil die Abstimmungswahrheit und -klarheit aufgrund von Lücken und Widersprüchen im Gesetzentwurf nicht erfüllt sei. (s. veröffentlichte Leitsätze:

<https://www.hamburgisches-verfassungsgericht.de/entscheidungen/hverfg-12-2020> ;

Abruf am 10.09.2023):

Die Maßstäbe der Leitsätze werden durch den vorliegenden Gesetzentwurf erfüllt. Er zielt in seiner konkreten Ausgestaltung darauf ab, die Existenz der Teilnehmenden zu sichern, ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und eine (potenzielle) Bedürftigkeit der am

Modellversuch Teilnehmenden zu verhindern. Es handelt sich um einen zeitlich und auf das Gebiet eines Landes begrenzten Modellversuch auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge, bei dem die entsprechende Regelung die nach Bundesrecht bestehenden Sozialleistungen nicht ersetzen, sondern neben sie treten würde.

Die bemängelten Lücken und Widersprüche werden mit Hilfe folgender Regelungen behoben:

1. Es ist ein Modellversuch mit Varianten eines Modell-Grundeinkommens vorgesehen, die ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht vollständig abbilden sollen, sondern lediglich Elemente davon. Insbesondere wird nicht der Eindruck erweckt, dass im Modellversuch trotz vorgenommener Anrechnungen vorhandener Einkommen ein Grundeinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werde. Vielmehr wird die Anrechnung von Einkommen vor einer Auszahlung mehrfach deutlich benannt. Dazu wird zwischen Grundbedarf, Zusatzbedarf und Auszahlungsbetrag unterschieden und dabei offengelegt, dass der Auszahlungsbetrag geringer ausfallen kann als der Grundbedarf zzgl. möglicher individueller Zusatzbedarfe. Es wird auch klargestellt, dass die Berechnung des Bedarfs aufgrund individueller Lebenslagen zu unterschiedlichen Bedarfshöhen führen kann.
2. Der Forschungsansatz und der mögliche Erkenntnisgewinn sowie seine Begrenzungen werden in vorstehendem Abschnitt A.II der Begründung differenziert erläutert.
3. Die Mindesthöhe des Grundbedarfs wird aus den Maßstäben des Bürgergeldes für ein Existenzminimum für das jeweilige Jahr abgeleitet und stellt damit sicher, dass das im Gesetzentwurf definierte Existenzminimum unabhängig vom konkreten Jahr der Umsetzung des Modellversuchs nachvollziehbar gesichert ist.
4. Der Berücksichtigung von wesentlichen Mehrbedarfen wird bereits im Gesetzentwurf geregelt.
5. Wesentliche Schnittstellen zu anderen Regelungsbereichen werden nachvollziehbar benannt und geregelt: Dies betrifft die steuerrechtliche Betrachtung, die Definition und Feststellung des anrechenbaren Einkommens, die Konsequenzen im Vergleich zum Bezug von Bürgergeld oder anderen Sozialleistungen, die Konsequenzen für die Absicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung, die Anrechnung in der Rentenversicherung sowie Angaben zu Kindergeld bzw. Kindergrundsicherung und Pfändbarkeit.
6. Die Rechte der Teilnehmenden werden bestimmt durch Beratungsangebote, für die die Verwaltung verantwortlich ist. Dadurch wird sichergestellt, dass die Teilnehmenden die individuellen Folgen ihrer Teilnahme am Modellversuch bestmöglich verstehen.
7. Zur Abschätzung der Auskömmlichkeit der Mittel sind in Abschnitt V. Modellrechnungen vorgenommen worden. Hierdurch wird gezeigt, dass der Modellversuch mit den verfügbaren Mitteln innerhalb des im Gesetz festgelegten Kostenrahmens durchführbar ist und entsprechend ein wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn zu erwarten ist.

Damit werden wesentliche, im Falle des Gesetzentwurfs aus dem Jahr 2020 bemängelte Widersprüchlichkeiten und Lücken vermieden. Somit können Stimmberechtigte den Umfang der Erkenntnisgewinnung sowie die wesentlichen Vor- und Nachteile des Modellversuchs einschätzen und eine nachvollziehbare Entscheidung treffen, ob sie dem Gesetzesvorschlag in Volksbegehren und Volksentscheid zustimmen wollen.

V. Kosten und Verwaltungsaufwand

Durch das Erprobungsgesetz entstehen Kosten und Verwaltungsaufwand. Es entstehen insbesondere Kosten und Aufwand für:

1. die Planung der Umsetzung des Gesetzentwurfs und die Auswahl des Forschungspartners (ggf. durch Einbindung eines Projektträgers)
2. die Erstellung des Forschungskonzepts sowie die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs, unter anderem folgende Punkte umfassend:
 - a) die Festlegung der Ausgestaltung des Modellversuchs
 - b) die Schätzung der Gesamtkosten des Modellversuchs
 - c) die Durchführung der Befragungen
 - d) die wissenschaftliche Auswertung und deren Veröffentlichung
3. die Auswahl und die Rekrutierung der Teilnehmenden am Modellversuch
4. die Bereitstellung des Informations- und Beratungsangebots
5. die Durchführung des Zahlungsverkehrs
6. die im Rahmen des Modellversuchs geleisteten Geldzahlungen und Aufwandsentschädigungen für die Teilnahme an den Erhebungen
7. ggf. Anteile an den Gemeinkosten des Forschungspartners

Die zu erwartenden haushaltswirksamen Gesamtkosten hängen maßgeblich vom Inhalt des nach dem Inkrafttreten des Gesetzes auf dem Verordnungsweg festgelegten Forschungskonzepts ab, insbesondere von der Modellierung der Varianten des Modell-Grundeinkommens.

Die Gesamtkosten für die Auszahlungen an die Teilnehmenden der Versuchsgruppen im Modellversuch variieren je nach Höhe des Grundbedarfs und der vorgesehenen Anrechnungen von Einkommen. Diese Kosten können unter Zuhilfenahme der Ergebnisse von bereits in anderen Ländern durchgeführten Modellversuchen zum Grundeinkommen sowie durch im Vorfeld des Modellversuchs durchgeführte Modellrechnungen, Mikrosimulationen und/oder Befragungen abgeschätzt werden.

Die maximalen Gesamtkosten werden in diesem Gesetz begrenzt durch den Anteil von 0,227 % am Gesamthaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg eines Bezugsjahres. Der Wert setzt sich aus den Anteilen aller durch den Modellversuch betroffenen Haushaltsjahre zusammen, die lt. Urteil des Hamb. Verfassungsgerichts v. 12.07.2023 nicht beanstandet wurden (Jahreskosten bis zu 0,074% des jeweiligen Gesamthaushalts), dabei jedoch als Summe ins Verhältnis gesetzt zu einem gemeinsamen Bezugsjahr. Bei dem angenommenen Bezugsjahr 2026 mit einem gemäß mittelfristiger Finanzplanung geplanten Gesamthaushalt von 20,24 Milliarden Euro entspräche der genannte Anteil der Summe von rund 45,9 Mio Euro (vgl.

<https://www.hamburg.de/contentblob/16405192/ba5964c354f0d3711ded70b16122f91d/data/finanzbericht-2023-2024.pdf>).

Dieser Betrag soll nominal auf jeden Fall zur Verfügung stehen. Wächst der Gesamthaushalt, wächst die Kostengrenze entsprechend des prozentualen Anteils mit. Sie verteilen sich auf insgesamt bis zu 10 Haushaltsjahre. Der Hauptteil der Kosten fällt dabei in den Jahren drei bis fünf nach Inkrafttreten des Gesetzes an, in dem der Modellversuch durchgeführt werden soll.

Da die monatlichen Kosten für die Geldzahlungen von der Lebens- und Erwerbssituation der Teilnehmenden abhängt und sich diese während des Modellversuchs stärker ändern können, als im Vorfeld abgeschätzt, könnte u. U. eine Abweichung von den erwarteten Kosten eintreten.

Im Fall einer Erhöhung der Kosten hat die zuständige Verwaltung die Dauer des Modellversuchs entsprechend zu kürzen, so dass die Kostengrenze gewahrt bleibt.

Die folgende Modellrechnung schätzt die Kosten für eine mögliche Variante des Modell-Grundeinkommens ab. Dabei basiert die Berechnung auf Daten aus dem Erstergebnis des Mikrozensus 2022 zur Verteilung der Nettoeinkommen und weiteren Strukturdaten für das Land Hamburg. Die angenommene Anrechnung stellt keine Modellierung eines Modell-Grundeinkommens dar, sondern ist eine vereinfachte Betrachtung einer möglichen, plausiblen durchschnittlichen Kostenstruktur für die Geldzahlungen im Rahmen des Modellversuchs. Zur Modellierung des im Gesetzentwurf ausdifferenzierten Begriffs des anzurechnenden Einkommens greift die Berechnung für Erwerbstätige auf die Angaben des Nettoeinkommens im Mikrozensus zurück, das eine untere Annäherung an das anzurechnende Einkommen darstellt. Die Berechnung überschätzt daher die Kosten mit höherer Wahrscheinlichkeit, als dass sie sie unterschätzt.

Die Modellrechnung errechnet die Kosten für eine repräsentative Gruppe von Einwohnenden des Landes Hamburg und differenziert dabei nach Altersstufen. Für Personen im Mikrozensus ohne eigenes Erwerbseinkommen wird angenommen, dass sie über keinerlei Einkommen verfügen. Lediglich das gewährte Kindergeld (später ggf. als höhere Kindergrundsicherung) sowie die durchschnittlichen Rentenzahlungen werden in die Berechnung einbezogen.

Die Modell-Variante simuliert dabei eine Anrechnung von anzurechnendem Einkommen in Höhe von 65% nach Gewährung eines Freibetrags von 100 Euro. In Modellversuchen zum Grundeinkommen ist ein Rückgang des Erwerbseinkommens über den Versuchszeitraum möglich. Modellversuche weltweit konnten unterschiedliche Rückgänge an Erwerbsarbeitsstunden (und damit Erwerbseinkommen) je nach Alter, Geschlecht und sozialer Situation messen. Die Werte lagen dabei zwischen 0 und rund 15 %.

Der größte Erwerbsrückgang erfolgte dabei bei Personen, die an Stelle von Erwerbsarbeit mehr Zeit der Kinderbetreuung und der Familienarbeit widmen oder ihre Lebenszeit in Aus- und Weiterbildung investieren. Um die Kostengrenze großzügig abzuschätzen, rechnet die Modellrechnung mit einem allgemeinen Rückgang der Erwerbseinkommen von 15 % über alle betrachteten Gruppen mit Ausnahme der Rentnerinnen und Rentner, deren Renteneinkommen als konstant angenommen wird.

Da für die Modellrechnung nur bis zum Jahr 2022 ausreichende Daten vorlagen, werden die eingehenden Grundwerte für dieses Jahr herangezogen.

**Modellrechnung : Bezugsjahr 2022, Grundbedarf als 1,05-faches Existenzminimum,
Anrechnung von Erwerbseinkommen und Renten oberhalb eines Freibetrags von 100
EUR in Höhe von 65%**

Grundwerte für 2022		Variable Werte	
Einwohnende Hamburg 2022	1.892.000	Faktor Grundbedarf (FG)	1,05
Existenzmin. 2022 f. volljährige Alleinstehende (EMV), ohne Krankenv.	1.076,58 €	Freibetrag (FB)	100,00 €
Grundbedarf Volljährige (GBV)	1.130,41 €	Einkommensanrechnung (EA)	65%
... zzgl. bei Übernahme Krankenv. + 200 EUR (GBK)	1.330,41 €	Faktor Reduzierung Erwerbsarbeit (FRE)	15%
durchschn. Existenzmin. 2022 für Minderjährige (EMM)	547,72 €	Kostenanstieg pro Jahr (KA)	10%
Grundbedarf Minderjährige (GBM)	575,10 €		

Das Existenzminimum wurde nach Maßgabe von §2 Abs. 6 des Gesetzentwurfs (s. Gesetzestext weiter unten) bestimmt, wobei für den Regelsatz 2022 noch die damaligen Beträge für ALG II herangezogen wurden (vgl. Quelle 1) sowie für die Kosten von Unterkunft und Heizung die Fachanweisung der Sozialbehörde (vgl. Quelle 2).

Aufgrund der Staffelung des Regelsatzes bei Minderjährigen wurde zur Vereinfachung der Modellrechnung ein Durchschnittswert des Existenzminimums in separater Rechnung ermittelt.

Rechenwerte: s. Tabelle Folgeseite

Einkommens- gruppe/ Soziale Gruppe	Einkommensbereich	Personen lt. Mikro- zensus + Bevöl- kerungs- statistik 2022 (s. Quellen 3+4)	Perso- nen im Modell- versuch	pro Monat				Kosten für 3 Jahre bei Annahme von je X%-igem Anstieg im 2. und 3. Jahr ; X=KA
				Durchschnittliches Einkommen (DE) (Einkommen über 3500 EUR werden mit 3500 EUR angesetzt)	Anzurechnendes Einkommen (AE) Formel: EA x (DE x (1-FRE)-FB) Minderjährige: Kindergeld	Durchschnittlicher Auszahlungsbetrag Formeln: Erwerbstätige+Rentner: GBV-AE ; für niedrigsten Einkommensbereich und ohne Einkommen: MAX((GBV+GBK)/2-AE) Minderjährige: GBM-AE	Kosten im 1. Jahr (Bezug 2022)	
Erwerbstätige	0 bis 500 Euro	41 000	43	250 €	73 €	1.157 €	49.763 €	1.976.601 €
	500 bis 1000 Euro	78 000	82	750 €	349 €	781 €	64.045 €	2.543.870 €
	1000 bis 1250 Euro	63 000	67	1.125 €	557 €	574 €	38.448 €	1.527.153 €
	1250 bis 1500 Euro	65 000	69	1.375 €	695 €	436 €	30.065 €	1.194.183 €
	1500 bis 1750 Euro	87 000	92	1.625 €	833 €	298 €	27.379 €	1.087.502 €
	1750 bis 2000 Euro	84 000	89	1.875 €	971 €	159 €	14.193 €	563.757 €
	2000 bis 2500 Euro	196 000	207	2.250 €	1.178 €	0 €	0 €	0 €
	2500 bis 3000 Euro	125 000	132	2.750 €	1.454 €	0 €	0 €	0 €
	3000 bis 3500 Euro	81 000	86	3.250 €	1.731 €	0 €	0 €	0 €
	mehr als 3500 Euro	158 000	167	3.500 €	1.869 €	0 €	0 €	0 €
nicht-erwerbstätige Erwachsene	ohne Einkommen		195			1.230 €	239.930 €	9.530.037 €
	mit Kindergeld	280 000	77		250 €	980 €	75.482 €	2.998.533 €
	Empfänger ALG 1		24	1.171 €	696 €	434 €	10.422 €	413.974 €
Rentner*innen	0 bis 600 Euro		86	300 €	130 €	1.100 €	94.283 €	3.744.934 €
	600 bis 1200 Euro		113	900 €	520 €	610 €	68.708 €	2.729.083 €
	1200 bis 1800 Euro	318 000	94	1.500 €	910 €	220 €	20.736 €	823.650 €
	1800 bis 2400 Euro		37	2.100 €	1.300 €	0 €	0 €	0 €
	mehr als 2400 Euro		7	2.400 €	1.495 €	0 €	0 €	0 €
Minderjährige		316 000	334		250 €	325 €	108.585 €	4.312.987 €
Summe		1 892 000	2 000				842.051 €	33.446.263 €

Ergänzende Hinweise zur Modellrechnung

- Die Übernahme von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung wird für die Hälfte der volljährigen, nicht-erwerbstätigen Personen ohne Einkommen oder nur mit Kindergeld sowie in der niedrigsten Stufe bei Erwerbstätigen und Rentner*innen angenommen.
- Die dargestellte Einkommensstruktur der Rentner*innen entspricht der bundesweiten Verteilung. Tatsächlich ist für Hamburg von höheren Rentenzahlungen und daher geringeren Auszahlungen im Modellversuch auszugehen. (s. Quelle 5)
- Der durchschnittliche Auszahlungsbetrag für Minderjährige wurde in separater Rechnung aus der Altersverteilung in Verbindung mit den jeweiligen Kosten für das Existenzminimum je Altersgruppe nach den Vorgaben des Gesetzentwurfs ermittelt. Dabei wird das Kindergeld voll angerechnet.
- Die laut Gesetzentwurf zu berücksichtigenden Mehrbedarfe im Fall von Schwangerschaft, Krankheit und Behinderung betragen im Rahmen der SGB-II-Leistungen bezogen auf ganz Hamburg pro Monat rund 200.000 Euro. Für eine repräsentative Stichprobe von bis zu 2.000 Personen fallen diese Kosten im Rahmen des Gesamtbudgets daher nicht ins Gewicht und sind nicht in der Modellrechnung berücksichtigt.
- Zudem ist berücksichtigt, dass für einen Teil der erwachsenen Personen weiterhin Kindergeld bzw. Kindergrundsicherung gewährt wird, das vom Auszahlungsbetrag abgezogen wird. (Anteil abgeleitet aus Quelle 6 in Verbindung mit der Anzahl Minderjähriger)
- Ebenfalls berücksichtigt ist, dass ein Teil der Erwachsenen ohne Einkommen Leistungen nach SGB III (Arbeitslosengeld 1) bezieht. Leistungen nach SGB III werden im Rahmen des Modellversuchs als Einkommen angerechnet. (Anzahl entnommen aus Quelle 7; Höhe entnommen aus Quelle 8)
- Mögliche Kostensteigerungen im 2. und 3. Jahr werden mit jeweils 10% pro Jahr modelliert. Diese werden bestimmt durch eine Erhöhung der Regelsätze und der Kosten für Unterkunft und Heizung, können andererseits auch durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter und der Renten sowie durch Einführung der Kindergrundsicherung (mit entsprechend höheren Anrechnungsbeträgen) gedämpft werden.

Gesamtkosten (Bezugsjahr 2022)

Kosten für Auszahlungsbeträge lt. Modellrechnung	33,5 Mio EUR
Maximale Kosten für Planung und Umsetzung des Modellversuchs durch den Forschungspartner incl. der wissenschaftlichen Begleitung sowie den Kosten der Projektbegleitung durch die Verwaltung der FHH	6,0 Mio EUR
Summe	39,5 Mio EUR
zum Vergleich: Haushaltsvolumen/geplanter Gesamtaufwand 2022 lt. Finanzbericht 2021-2022 : 17.623 Mio. EUR, davon Anteil 0,227 % (Maßstab für relative Kostengrenze)	40,0 Mio. EUR

Quellen zur Kostenermittlung:

1. Der Regelsatz beim ALG II (Hartz IV) im Jahr 2022, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, abgerufen 09/2023: <https://www.lpb-bw.de/regelsatz-hartz-iv>
2. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration. Bereich: Soziales. Fachanweisung Bedarfe für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 SGB II. Stand: 01.01.2023
<http://web.archive.org/web/20240222151715/https://www.hamburg.de/contentblob/13589712/9b4bc0956fb83aaa542108f1c2f7d189/data/fa-sqbii-22-kdu-00.pdf>
3. Statistischer Bericht: Die Bevölkerung in Hamburg nach Alter und Geschlecht 2022. Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Kennziffer: A I 3 - j 22 HH. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg 2023
https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistische_Berichte/bevoelkerung/A_I_3_j_H/A_I_3_j22_HH.pdf
4. Mikrozensus Hamburg, Erstergebnis 2022, Arbeitsmarkt - ET 06 Erwerbstätige nach Stellung im Beruf, Geschlecht und persönlichem monatlichen Nettoeinkommen ; bereitgestellt von: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, August 2023
5. Gesetzliche Altersrente. Höhe des Rentenzahlungsbetrags nach Geschlecht 2022. Bund - Länder - Demografie-Portal.
<https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/rentenhoeh.html>
6. Kindergeld / Kinderzuschlag - Jahreszahlen 2022, Tabelle 1.1.1. Nürnberg, Familienkasse Direktion - Fachbereich Führungsunterstützung (FB41)
https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202212/famka/famka-jz/famka-jz-d-0-202212-pdf.pdf?_blob=publicationFile&v=3
7. Arbeitsmarkt im Überblick - Berichtsmonat Juni 2022 - Hamburg, Land. Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit, Statistik
https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender/Hamburg.html?nn=25856&year_month=202206
8. Arbeitslosengeld nach dem SGB III, Tabelle 6. Durchschnittliche Anspruchshöhe von Leistungsbeziehenden bei Arbeitslosigkeit in Euro. IN: Arbeitslosengeld (Zeitreihe Monats- und Jahreszahlen ab 2005). Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Februar 2024
https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&r_f=bl_Hamburg&topic_f=arbeitslosengeld-zr-alg&dateOfRevision=202206-202405

VI. Deckungsvorschlag

1. Produktgruppe *Hilfen zur Existenzsicherung (25302)*

Durch die Umsetzung des Gesetzes ergeben sich Einsparungen bei den Kosten für Sozialleistungen. Durch die Teilnahme am Modellversuch können bis zu 2.000 Personen ihren Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts durch die Teilnahme am Modellversuch decken, so dass bei diesen Personen während der Dauer des Modellversuchs kein Bedarf an den Lebensunterhalt deckenden Sozialleistungen besteht.

Da das Land Hamburg bei den Sozialleistungen zur Deckung des Lebensunterhalts Kostenanteile trägt, werden diese Kostenanteile bei Teilnehmenden am Modellversuch im Landeshaushalt eingespart. Die Einsparungen umfassen Einsparungen bei Landesmitteln für Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld (zu finden in IPR-Produkt 511 „Soziale Hilfen“ des Haushaltsplans). Über 15 % der Bevölkerung Hamburgs beziehen derartige Leistungen. Der Landesanteil an diesen Leistungen liegt in Hamburg bei durchschnittlich 90 Euro pro Person und Monat.

Die Auswahl der Teilnehmenden an der Erprobung soll repräsentativ für die Bevölkerung des Landes Hamburg sein. Das bedeutet, dass darunter rechnerisch 300 Personen sein werden, die ohne ihre Teilnahme an dem Modellversuch solche Leistungen beziehen würden. Hieraus ergeben sich über die Laufzeit des Modellversuchs von drei Jahren Einsparungen im Haushalt in Höhe von über 1 Million Euro.

Die Produktgruppe kann also in entsprechender Höhe zugunsten der Deckung der Kosten des Modellversuchs abgesenkt werden.

2. Produktgruppe *ZP Hochschulübergreifende Angelegenheiten (24790)*

Die Produktgruppe ist ohne Leistungen gemäß §16 Abs. 3 LHO. In der mittelfristigen Finanzplanung sind darin für 2026 mehr als 106 Mio EUR vorgesehen. Bei Annahme einer Fortschreibung in gleicher Größenordnung in den Folgejahren wird hiermit die Entnahme bzw. Absenkung von Mitteln der Produktgruppe zur Deckung der Auszahlungen an Teilnehmende des Modellversuchs verteilt auf die betroffenen 3-4 Haushaltsjahre ab 2027 bzw. 2028 vorgeschlagen.

3. Produktgruppe *Grundsatz Forschung (24714)*

Der Anteil für die Forschungsaufwände und Verwaltungskosten kann verteilt auf bis zu 10 Haushaltsjahre ab 2026 durch Entnahme bzw. Absenkung von Mitteln der Positionen *Landesforschungsförderung* (Summe lt. Plan 2026: 4,2 Mio EUR) und *Grundsatz Forschung* (Summe lt. Plan 2026: 8,4 Mio EUR) gedeckt werden.

Alternativ oder ergänzend kann eine Deckung durch eine gleichmäßige prozentuale Absenkung in allen Produktgruppen bei den Haushaltsanteilen erfolgen, die nicht bereits für Personalaufwendungen und andere Verbindlichkeiten gebunden sind.

Soweit in der Haushalts- und Finanzplanung des Landes Hamburg die Obergrenze der Nettokreditaufnahme gemäß § 28 der LHO sowie des Artikels 40 § 5 Absatz 2 SNH-Gesetzes nicht erreicht wird, können die Kosten alternativ auch durch eine geringere Schuldentilgung gedeckt werden.

VII. Länderkooperation

Das Gesetz ermöglicht es, den Modellversuch in Kooperation mit weiteren Partnern, insbesondere anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Bund, Ländern oder Kommunen), durchzuführen. Dies bedeutet insbesondere, dass der Modellversuch in Kooperation mit weiteren Bundesländern erfolgen kann. Vorteil einer solchen Kooperation ist, dass die gemeinsame Gestaltung der in den jeweiligen Ländern durchgeführten Modellversuche die Anzahl der Teilnehmenden über alle Länder hinweg vergrößert. Dies erhöht die wissenschaftliche Aussagekraft und ermöglicht beispielsweise die Erprobung einer größeren Anzahl von Varianten bei gleichbleibender Aussagekraft der Ergebnisse. Des Weiteren kann es durch einen mit weiteren Partnern gemeinsam angelegten Modellversuch zu einer Kostenersparnis kommen, indem beispielsweise ein gemeinsames Forschungskonzept erarbeitet und ein gemeinsamer Forschungsbericht veröffentlicht wird.

Gesetzestext	Begründung - B. Besonderer Teil
<p>§ 1 Gesetzeszweck</p> <p>Zweck dieses Gesetzes ist die Durchführung eines wissenschaftlichen Modellversuchs mit mehreren Varianten eines Modell-Grundeinkommens zur Erforschung der Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens bezogen auf die Bevölkerung des Landes Hamburg.</p>	<p>zu § 1 Gesetzeszweck</p> <p>Die zu erwartende Wirkung, Akzeptanz und die Umsetzbarkeit von Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens werden unterschiedlich eingeschätzt und bewertet. Das Gesetz schafft die Grundlage zu einer wissenschaftlichen Erforschung dieser Fragen in einem Modellversuch mit Varianten eines Modell-Grundeinkommens.</p>
<p>§ 2 Begriffsbestimmungen</p> <p>Im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet der Ausdruck:</p> <p>(1) „Bedingungsloses Grundeinkommen“ ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder garantiert. Es soll</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, b) einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie c) ohne Bedürftigkeitsprüfung und d) ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden; <p>(2) „Modell-Grundeinkommen“ ein Grundeinkommen in einem Modellversuch, das Elemente eines bedingungslosen Grundeinkommens simuliert, ohne dieses vollständig abzubilden. Insbesondere kann anzurechnendes Einkommen angerechnet und hierzu eine Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt werden;</p> <p>(3) „Auszahlungsbetrag“ den Betrag, der einer am Modellversuch teilnehmenden Person ausgezahlt wird. Dabei wird der berechnete Gesamtbedarf einer am Modellversuch teilnehmenden Person mit anzurechnendem eigenen Einkommen verrechnet, was – je nach Höhe des anzurechnenden Einkommens – dazu führen</p>	<p>zu § 2 Begriffsbestimmungen</p> <p>(1) Es gibt im gesellschaftlichen Diskurs verschiedene Definitionen des bedingungslosen Grundeinkommens. Dieses Gesetz folgt der Definition des deutschen „Netzwerk Grundeinkommen“ in der Fassung von 2019. (Quelle: https://web.archive.org/web/20191122231635/https://www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/idee , Stand 22.11.19).</p> <p>(2) Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann in einem Modellversuch niemals vollständig nachgebildet werden, da der Versuchszeitraum und der Kreis der Anspruchsberechtigten begrenzt sind. Zudem kann eine höhere Besteuerung, die zur Gegenfinanzierung des Grundeinkommens genutzt werden könnte, wegen der fehlenden Steuergesetzgebungskompetenz des Landes Hamburg für Teilnehmende des Modellversuchs nicht real umgesetzt werden. Sie kann jedoch bei einem Modell-Grundeinkommen über die Anrechnung bestehender Einkommen begrenzt simuliert werden. Daher findet im Modellversuch eine Bedürftigkeitsprüfung anhand anzurechnendem Einkommen statt. Weitere Elemente eines Bedingungslosen Grundeinkommens werden nach den Vorgaben von §5 Abs. 5 und 6 abgebildet.</p> <p>(3) (4) (5) Im Modellversuch wird das</p>

<p>kann, dass keine Auszahlung eines Geldbetrags erfolgt;</p> <p>(4) „Gesamtbedarf“, der individuelle Bedarf einer am Modellversuch teilnehmenden Person. Der Gesamtbedarf setzt sich aus dem Grundbedarf und dem Zusatzbedarf zusammen;</p> <p>(5) „Grundbedarf“ den Betrag, unter den das monatliche Nettogesamteinkommen einer am Modellversuch teilnehmenden Person während der Dauer der Teilnahme am Modellversuch nicht fallen soll. Der Grundbedarf kann dabei sowohl durch eigenes Einkommen als auch durch den Auszahlungsbetrag im Modellversuch gedeckt werden. Der Grundbedarf soll dabei stets mindestens in Höhe des für Hamburg geltenden Existenzminimums liegen;</p> <p>(6) „das für Hamburg geltende Existenzminimum“</p> <p>a) bei einer volljährigen Person den Anspruch an Bürgergeld nach § 19 Absatz 1 des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch (SGB II), die einer in Hamburg lebenden anspruchsberechtigten alleinstehenden und volljährigen Person ohne eigenes Einkommen und ohne Anspruch auf Mehrbedarfe nach § 21 SGB II zur Sicherung ihres Lebensunterhalts zusteht. Hierbei wird angenommen, dass die Person in einer Mietwohnung innerhalb der Angemessenheitsgrenzen wohnt und ihre Heizkosten in Höhe der maximalen angemessenen Heizkosten unter Verwendung des teuersten Heizmittels liegen;</p> <p>b) bei einem Kind, einer Jugendlichen oder einem Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres die Differenz aus dem entsprechenden für Hamburg geltenden Existenzminimum einer Bedarfsgemeinschaft, die aus einer alleinerziehenden volljährigen Person</p>	<p>Modell-Grundeinkommen nicht für alle Teilnehmenden in voller Höhe des festgestellten Bedarfs ausgezahlt, sondern unter Anrechnung von anzurechnenden Einkommen. Dabei wird ein Gesamtbedarf berechnet, der sich aus einem für alle Personen einer Altersstufe gleichen Grundbedarfs und gleichzeitig Zusatzbedarfen in individuellen Lebenslagen berücksichtigt, die ansonsten eine Hilfebedürftigkeit in den Sozialsystemen auslösen könnten. Ein Modell-Grundeinkommen mit einem festgelegten Grundbedarf soll dabei sicherstellen, dass für alle teilnehmenden Personen eine Untergrenze des Nettogesamteinkommens nicht unterschritten wird. Dadurch soll die Existenz gesichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.</p> <p>(6) Das Existenzminimum setzt sich aus dem Sozialhilferegelsatz beziehungsweise dem Regelbedarf nach SGB II sowie den in Hamburg als angemessen anerkannten Wohnkosten einer alleinstehenden Person zusammen. Es wird im Modellversuch individuell unabhängig von Bedarfsgemeinschaften gerechnet. Krankenversicherungskosten werden hierbei, soweit nötig, an anderer Stelle berücksichtigt. Bei Teilnehmenden bis 18 Jahre wird davon ausgegangen, dass sie bei einem volljährigen Teilnehmenden wohnen. Im SGB II wird einer alleinerziehenden Person ein höherer Bedarf zugesprochen als einer kinderlosen alleinstehenden Person. Durch die Regelung im Buchstaben c) Regelung wird sichergestellt, dass der Grundbedarf für ein alleinerziehendes Elternteil und ein Kind zusammen so hoch ist wie das zusammengerechnete Existenzminimum der beiden Personen. Der erhöhte Bedarf wird bei dieser Regelung jedoch anders als im SGB II dem Kind und nicht dem alleinerziehenden Elternteil zugerechnet.</p> <p>(7) Durch die Berücksichtigung von Zusatzbedarfen wird sichergestellt, dass</p>
--	---

<p>und einem Kind bzw. einer jugendlichen Person der entsprechenden Altersstufe besteht, abzüglich des für Hamburg geltende Existenzminimums einer alleinstehenden volljährigen Person nach Buchstabe a.</p> <p>(7) „Zusatzbedarf“ ein unter bestimmten Voraussetzungen oder in besonderen Lebenslagen zusätzlich zum Existenzminimum bestehender Bedarf.</p> <p>(8) „anzurechnendes Einkommen“ der Teilnehmenden am Modellversuch das individuelle Nettoeinkommen der teilnehmenden Personen. Dabei werden die Bestimmungen der §§ 13 bis 16 und 18 des Wohngeldgesetzes (WoGG) vom 24. September 2008 (BGBl. I S. 1856) in seiner jeweils geltenden Fassung entsprechend angewandt. Einkommen, das entsprechend § 11a SGB II bei der Berechnung von Bürgergeld nicht zu berücksichtigen ist, soll bei der Berechnung des anzurechnenden Einkommens ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Das Nähere regelt die Rechtsverordnung nach § 8. Bei Bezug von Kindergeld gilt § 6 Absatz 6.</p> <p>(9) „Verwaltung“ die vom Senat mit der Umsetzung dieses Gesetzes beauftragten Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg.</p>	<p>Personen in besonderen Lebenslagen am Modellversuch teilnehmen können und nicht auf die aufgrund ihrer Hilfebedürftigkeit auf die Sozialsysteme angewiesen sind und somit aus dem Modellversuch herausfallen würden. Über das Instrument des Zusatzbedarfs wird ebenfalls sichergestellt, dass Kranken- und Pflegeversicherung gewährleistet sind und ggf. auch Wartezeiten in der Rentenversicherung erfüllt werden können.</p> <p>(8) Bei der Definition des Einkommens lehnt sich der Gesetzentwurf an den Regelungen des Wohngeldgesetzes und ergänzend den einschlägigen Regelungen des SGB II an. Das Wohngeldgesetz (WoGG) enthält in den §§ 13 bis 16 und 18 bereits umfangreiche Regelungen, für die praktische Erfahrungen vorliegen. Insbesondere § 14 berücksichtigt weitgehend diejenigen Einkommensarten, die im Modellversuch bei der Anrechnung zugrunde gelegt werden sollen.</p> <p>(9) Der Senat von Hamburg beschließt, welche Fachbehörden mit der Umsetzung betraut werden.</p>
<p>§ 3 Forschungsauftrag</p> <p>(1) Für die Planung, Durchführung und Auswertung des Modellversuchs erteilt die Verwaltung einen Forschungsauftrag an einen von ihr auszuwählenden Forschungspartner. Der Forschungsauftrag umfasst drei Teile:</p> <p>1. Erarbeitung eines Forschungskonzepts für den Modellversuch einschließlich seiner wissenschaftlichen Begleitung als Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung zum Erlass der Rechtsverordnung nach § 8;</p>	<p>zu § 3 Forschungsauftrag</p> <p>(1) Forschungspartner können auch mehrere Forschungsinstitute zusammen sein. Die Verwaltung kann auch weiteren Forschenden die Möglichkeit einräumen, im Rahmen des Modellversuchs zusätzliche Forschungen durchzuführen. Der Modellversuch und seine wissenschaftliche Begleitung wird vom Forschungspartner in Kooperation mit der Verwaltung geplant. Die Umsetzung des Modellversuchs liegt in der Verantwortung der Verwaltung, während die wissenschaftliche Begleitung in Verantwortung des Forschungspartners liegt.</p>

<p>2. Beratung der Verwaltung bei der Umsetzung des Modellversuchs;</p> <p>3. Planung und Umsetzung der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs.</p> <p>(2) Der wissenschaftlich begleitete Modellversuch soll belastbare Rückschlüsse auf die Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit von Elementen eines bedingungslosen Grundeinkommens anhand der ausgewählten Varianten von Modell-Grundeinkommen bezogen auf die Gesamtheit der Bevölkerung des Landes Hamburg hervorbringen. Dabei sind insbesondere das Verhalten, soziale Interaktionen, die Gesundheit und die Lebenszufriedenheit, die soziale und wirtschaftliche Situation sowie das bürgerschaftliche und soziale Engagement der Teilnehmenden zu erforschen.</p> <p>(3) Im Forschungskonzept sind die Grenzen der Erkenntnisgewinnung offenzulegen, die aufgrund der gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen eingeschränkten Simulation durch ein Modell-Grundeinkommen bestehen.</p> <p>(4) Für die Planung und Durchführung des Modellversuchs kann die Möglichkeit der Kooperation mit weiteren Partnern, insbesondere anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, genutzt werden.</p> <p>(5) Die Durchführung des Modellversuchs soll innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beginnen, frühestens jedoch in dem auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Haushaltsjahr.</p> <p>(6) Das Forschungskonzept ist so zu erstellen, dass die kalkulierten haushaltswirksamen Gesamtkosten 0,227 % des Haushaltsvolumens desjenigen Gesamthaushalts der Freien und Hansestadt Hamburg mit der größten höchsten</p>	<p>(2) Für die Erwägung, ob und wie ein Grundeinkommen eingeführt werden sollte, sind wissenschaftliche Erkenntnisse über Wirkung, Akzeptanz und Umsetzbarkeit zentral. Im Rahmen des Modellversuchs soll erforscht werden, welche Unterschiede verschiedene Varianten des Grundeinkommens in Bezug auf diese drei Forschungsfragen zeigen. Für eine umfassende Bewertung von Grundeinkommenskonzepten ist wichtig, dass nicht nur das materielle Wohlergehen der Bevölkerung betrachtet wird, sondern auch psychosoziale Faktoren sowie Aspekte, die das gesellschaftliche Zusammenleben betreffen.</p> <p>(3) Der Modellversuch simuliert nur Elemente eines bedingungslosen Grundeinkommens. Die Erkenntnisgewinnung für die mögliche umfassende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens findet dort seine Grenzen, wo beispielsweise negative monetäre Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens aus forschungsethischen Gründen in einem Modellversuch nicht erforscht werden können. Ebenfalls kann der Verzicht auf eine Bedürftigkeitsprüfung nicht erfolgen, insoweit in dem begrenzten Teilnehmerkreis auch eine veränderte Besteuerung bestehender Einkommen mit simuliert werden soll. Schließlich sind beispielsweise auch Begrenzungen der Aussagekraft eines dreijährigen Modellversuchs für einen begrenzten Personenkreis im Vergleich mit einer dauerhaften Einführung eines Grundeinkommens für alle Menschen in Hamburg darzustellen.</p> <p>(4) Eine Kooperation ist sinnvoll, wenn andere Kommunen, Länder oder der Bund eine entsprechende Erprobung auf ihrem Gebiet durchführen wollen. Durch eine solche Kooperation steigt die Gesamtzahl der Versuchsteilnehmenden, was die wissenschaftliche Aussagekraft erhöht. Hinzu kommt in diesem Fall auch der Vorteil</p>
---	--

<p>Jahreszahl, der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes beschlossen ist, nicht überschreiten. Liegt dieser Geldbetrag niedriger als 45,934 Mio. Euro, so dürfen die Gesamtkosten maximal 45,934 Mio. Euro betragen.</p> <p>(7) Stellt sich während der Durchführung des Modellversuchs heraus, dass die haushaltswirksamen Gesamtkosten des Modellversuchs den Maximalbetrag übersteigen werden, hat die Verwaltung nach Anhörung des Forschungspartners die Dauer des Modellversuchs entsprechend zu kürzen. Dies ist den Teilnehmenden des Modellversuchs mindestens 3 Monate vor dem vorzeitigen Ende des Versuchszeitraums mitzuteilen.</p>	<p>möglicher Kosteneinsparungen.</p> <p>(5) Um die Belastung bereits laufender oder bereits beschlossener Haushalte mit den in der Durchführung anfallenden Geldzahlungen zu vermeiden, soll die Durchführungsphase des Modellversuchs frühestens in dem auf das Inkrafttreten folgende Haushaltsjahr beginnen. Um eine zeitnahe Durchführung zu sichern, soll der Startzeitpunkt jedoch nicht später als zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes liegen.</p> <p>(6) Die Gesamtkosten werden begrenzt auf einen maximalen Anteil am Gesamthaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg eines Bezugsjahrs. Der Wert setzt sich aus den Anteilen aller durch den Modellversuch betroffenen Haushaltsjahre zusammen, die lt. Urteil des Hamb. Verfassungsgerichts v. 12.07.2023 nicht beanstandet wurden (Jahreskosten bis zu 0,074% des jeweiligen Gesamthaushalts), dabei jedoch als Summe ins Verhältnis gesetzt zu einem gemeinsamen Bezugsjahr. Bei einem angenommenen Bezugsjahr 2026 mit einem geplanten Gesamthaushalt von 20,24 Milliarden Euro entspräche der genannte Anteil von 0,227 % einem Betrag von ca. 45,934 Millionen Euro. Dieser Betrag soll in jedem Fall für den Modellversuch zur Verfügung stehen (vgl. mittelfristige Finanzplanung lt. Haushaushaltsplan 2023/2024 bzw. Finanzbericht: Die Gesamtaufwendungen bestehen aus der Summe der Aufwendungen einschl. Abschreibungen, Zinsen und sonstige Aufwendungen sowie den Globalen Mehrkosten, abzüglich der Globalen Minderkosten im Gesamtergebnisplan der mittelfristigen Finanzplanung, abzulesen in der Grafik <i>Gesamterträge/ -Aufwendungen im Zeitverlauf</i> der Online-Anwendung http://haushalt.digital/). Wächst das Volumen des Landeshaushalts, so wächst die Kostengrenze entsprechend mit. Für die Berechnung ist der Haushalt mit der größten höchsten Jahreszahl einschlägig, der am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes</p>
---	--

	<p>beschlossen ist. Tatsächlich fallen die Kosten verteilt aber über bis zu 10 Jahre an, wobei der Hauptteil in den drei Versuchsjahren anfällt.</p> <p>Die Schätzung der Gesamtkosten für die Geldzahlungen an die Teilnehmenden ist als Teil des Forschungsauftrags anhand von Modellrechnungen vorzunehmen und kann anhand von Mikrosimulationen überprüft werden. Mit der Kostenbegrenzung wird erreicht, dass die maximalen haushaltswirksamen Gesamtkosten kalkulierbar sind.</p> <p>(7) Die Möglichkeit der Verkürzung des Zeitraums dabei stellt sicher, dass bei unvorhergesehenen Kostensteigerungen während der Durchführung des Modellversuchs die Kostengrenze eingehalten wird. Es werden dabei nur so viele Monate gekürzt, wie es nötig ist, um die Kostengrenze einzuhalten.</p>
<p>§ 4 Modellversuch</p> <p>(1) Es werden mehrere Varianten eines Modell-Grundeinkommens erprobt, jedoch mindestens zwei. Dabei wird für jede Variante festgelegt, wie hoch der Grundbedarf für erwachsene Personen und für Minderjährige verschiedener Altersstufen ist und in welcher Höhe das anzurechnende Einkommen nach § 4 Absatz 3 vor der Auszahlung angerechnet wird. werden. Versuchsgebiete sowie die Teilnehmenden der Versuchsgruppen und Kontrollgruppe werden nach den Regelungen dieses Gesetzes, insbesondere § 5, festgelegt.</p> <p>(2) Alle erprobten Varianten eines Modell-Grundeinkommens müssen folgende Anforderungen erfüllen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Teilnahme am Modellversuch wird für 36 Monate gewährt. Der Versuchszeitraum darf entsprechend § 3 Absatz 5 Satz 3 nur verkürzt werden, wenn die bereitgestellten Mittel für die Auszahlung entgegen vorheriger Modellrechnungen nicht ausreichen. 	<p>zu § 4 Modellversuch</p> <p>(1) Mit mehreren Varianten im Modellversuch können Unterschiede bei der Umsetzung verschiedener Grundeinkommens-Konzepte erforscht werden. Sie unterscheiden sich beispielsweise in der Höhe des Grundbedarfs und den Regelungen zur Anrechnung von eigenem Einkommen.</p> <p>(2) Der Zeitraum für den Modellversuch ist auf drei Jahre festgelegt, da dies lang genug ist, um messbare Ergebnisse zu erwarten und gleichzeitig kurz genug, um in angemessener Zeit abschließende Ergebnisse zu erhalten. Die Frage, wie hoch ein Grundeinkommen sein müsste, wird von verschiedenen Akteuren unterschiedlich beantwortet. Für dieses Gesetz wird das für Hamburg geltende Existenzminimum im Rahmen der Anwendung des SGB II als Maßstab herangezogen.</p> <p>Die Untergrenze für den Grundbedarf wird auf das 1,05-fache des für Hamburg geltenden Existenzminimums festgelegt. Hierdurch wird eine individuelle Berechnung im Fall von Mehrbedarfen in lediglich geringfügiger Höhe obsolet. Dies erleichtert eine unbürokratische Teilnahme am</p>

<p>2. Der Grundbedarf für alle am Modellversuch teilnehmenden Personen wird in allen erprobten Varianten so bemessen, dass das 1,05-fache des für Hamburg geltenden Existenzminimums für die jeweilige Altersstufe nicht unterschritten wird.</p> <p>3. Zusatzbedarfe werden nach § 6 berücksichtigt.</p> <p>4. Die Summe aus anzurechnendem Einkommen einer am Modellversuch teilnehmenden Person und dem Auszahlungsbetrag im Modellversuch muss immer über dem Gesamtbedarf der Person liegen. Der Auszahlungsbetrag kann hierbei durch die Anrechnung des anzurechnenden Einkommens auf Null fallen, jedoch keine Zahlungspflichten von Teilnehmenden des Modellversuchs begründen.</p> <p>(3) Der Auszahlungsbetrag wird monatlich ausgezahlt. Je nach der im Forschungskonzept ausgewählten Variante wird dabei ein im Forschungskonzept festgelegter Prozentsatz des anzurechnenden Einkommens in Abzug gebracht. Der Prozentsatz beträgt mindestens 30 % und höchstens 70 % des anzurechnenden Einkommens. Der Prozentsatz für eine Variante kann dabei im Forschungskonzept für alle Einkommenshöhen gleich oder innerhalb der Grenzen variabel festgelegt werden. Die nach § 11b Absatz 3 SGB II geltenden Freigrenzen, die beim Bezug von Bürgergeld zur Anwendung kommen, dürfen dabei nicht unterschritten werden. Bei Teilnehmenden, für die ein Anspruch auf Kindergeld besteht, wird das Kindergeld in voller Höhe vom Auszahlungsbetrag abgezogen. Die in § 11b Absatz 1 bis 2b SGB II genannten Absetzbeträge sollen entsprechend den dort getroffenen Regelungen bei der Anrechnung unberücksichtigt bleiben, sofern sie nicht bereits bei der Berechnung des</p>	<p>Modellversuch. Erst für darüber hinaus bestehende Mehrbedarfe ist die Berücksichtigung individueller Zusatzbedarfe vorgesehen. Durch die Berücksichtigung individueller Mehrbedarfe wird vermieden, dass Teilnehmende neben dem Modell-Grundeinkommen noch Sozialleistungen nach Bundesrecht beziehen müssen, wenn diese im Modellversuch nicht abgedeckt sind. Dadurch wird das Risiko verringert, dass diese Personen sich entweder ganz gegen die Teilnahme am Modellversuch entscheiden oder zumindest neben der Teilnahme am Modellversuch eine weitere Sozialleistung beantragen müssten, was in beiden Fällen die Aussagekraft des Modellversuchs schwächen würde. Negative monetäre Auswirkungen der Gewährleistung eines bedingungslosen Grundeinkommens können jedoch nicht untersucht werden, da es rechtlich und forschungsethisch nicht möglich ist, die Teilnehmenden am Modellversuch zu Zahlungen an das Land Hamburg zu verpflichten.</p> <p>(3) Auszahlungen und Anrechnungen werden monatlich vorgenommen und den Teilnehmenden transparent gemacht, insbesondere um auf Veränderungen in der Erwerbssituation reagieren zu können. Einkommen wird nach den genannten Bestimmungen angerechnet. Dabei wird sichergestellt, dass die Anrechnung maximal in der Höhe erfolgt, wie sie bei einem Bezug von Bürgergeld vorliegen würde. Hierdurch wird vermieden, dass Personen die Teilnahme am Modellversuch ablehnen oder abbrechen, weil sie mit der Beantragung von Bürgergeld finanziell besser gestellt wären als bei der in der Teilnahme am Modellversuch. Das Kindergeld ist bereits eine weitgehend bedingungsarm ausgezahlte Leistung, die der Existenzsicherung von Kindern bzw. Jugendlichen und jungen Erwachsenen dient. Daher wird Kindergeld auf den Auszahlungsbetrag des Kindes bzw. Jugendlichen und jungen Erwachsenen in voller Höhe angerechnet. Die Definition und</p>
--	---

<p>anzurechnenden Einkommens unberücksichtigt geblieben sind.</p> <p>(4) Die Berechnung erfolgt nach Monaten. Für die Zuordnung des Einkommens auf die einzelnen Berechnungsmonate sind die Bestimmungen des § 15 WoGG, für die Auskunftspflichten die Bestimmungen des § 23 WoGG analog anzuwenden.</p> <p>(5) Das Nähere regelt die Rechtsverordnung nach § 8.</p>	<p>Feststellung des Einkommens zur Ermittlung des Auszahlungsbetrags soll analog zu den Regelungen des Wohngeldgesetzes erfolgen.</p>
<p>§ 5 Auswahl und Rechte der Teilnehmenden</p> <p>(1) Im Modellversuch werden mehrere Versuchsgruppen gebildet. Die Summe der Teilnehmenden aller Versuchsgruppen soll zu Beginn des Modellversuchs 2.000 Personen betragen, sie darf 1.500 Personen nicht unterschreiten. Die Teilnahme am Modellversuch ist freiwillig. Sie ist an die Bereitschaft zur Teilnahme an den wissenschaftlichen Erhebungen nach § 7 geknüpft. Die Teilnahme kann durch die am Modellversuch teilnehmende Person vorzeitig beendet werden.</p> <p>(2) Versuchsgebiet sind ein oder mehrere räumlich abgegrenzte Bereiche des Landes Hamburg. Das Versuchsgebiet wird dabei zunächst so ausgewählt und abgegrenzt, dass seine Gesamtbevölkerung möglichst der angestrebten Summe von Teilnehmenden nach Absatz 1 entspricht und der Modellversuch belastbare Rückschlüsse auf die Forschungsfragen zulässt. Gibt es mehrere gleichermaßen geeignete Auswahlmöglichkeiten für das Versuchsgebiet, so entscheidet das Los. Das Versuchsgebiet wird in gleich große Untergebiete eingeteilt, die per Losverfahren den Varianten nach § 4 Absatz 1 zugewiesen werden.</p> <p>(3) Eine Versuchsgruppe besteht aus den teilnehmenden Personen eines Untergebietetes. Alle Personen, die an einem durch die Verwaltung festzulegenden</p>	<p>zu § 5 Auswahl und Rechte der Teilnehmenden</p> <p>(1) Die Aussagekraft der Erprobung steigt mit einer höheren Zahl an Teilnehmenden in den Versuchsgruppen. Daher ist eine Mindestanzahl festgelegt. Eine Teilnahme ohne Bereitschaft zur Teilnahme an den Erhebungen steht dem Zweck des Gesetzes entgegen. Eine große Zahl an Teilnehmenden erhöht die Wahrscheinlichkeit für aussagekräftige wissenschaftliche Ergebnisse.</p> <p>(2) Durch die Auswahl von abgegrenzten Versuchsgebieten, in denen alle Einwohnenden, die dazu bereit sind, die Versuchsgruppen bilden, entsteht eine sogenannte geklumpte Stichprobe, bei der die soziale Struktur und das soziale Miteinander unter den Teilnehmenden am Modellversuch besser untersucht werden können, als wenn die Teilnehmenden über die Stadt verteilt wohnen würden. Die Auswahl muss so erfolgen, dass die ausgewählten Gebiete von der Zusammensetzung der Teilnehmenden möglichst repräsentativ sind. Es ist naheliegend, hier auf die bereits bestehenden statistischen Gebiete zurückzugreifen, die vom statistischen Amt Nord erfasst werden. Dabei ist eine Kombination mehrerer statistischer Gebiete zu wählen, die in ihrer Summe möglichst repräsentativ für die Hamburger Bevölkerung ist.</p> <p>(3) Indem Personen ohne festen Wohnsitz</p>

<p>Stichtag nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ihren Hauptwohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in den für den Versuch ausgewählten Gebieten haben, werden zur Teilnahme aufgefordert. Wird die Mindestanzahl an Teilnehmenden nicht erreicht, sind die ausgewählten Gebiete entsprechend zu erweitern. Bestimmungen für den erstmaligen Eintritt sowie für einen späteren Eintritt von Teilnehmenden in den Modellversuch, das Ruhen der Teilnahme sowie den Austritt oder Ausschluss aus dem Modellversuch bei fehlender Mitwirkung an den Erhebungen nach § 7 Absatz 1 regelt die Rechtsverordnung nach § 8.</p> <p>(4) Es wird eine Kontrollgruppe gebildet. Die Mitwirkung in der Kontrollgruppe ist freiwillig. Sie wird aus Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes Hamburg ausgewählt, die nicht Teil der Versuchsgruppen sind. Personen in der Kontrollgruppe erhalten abgesehen von Aufwandsentschädigungen nach § 7 Absatz 2 keine Auszahlungen.</p> <p>(5) Die Teilnahme am Modellversuch setzt nicht voraus, dass man zuvor sozialrechtlich bedürftig war. Der Grundbedarf besteht individuell für alle Teilnehmenden der Versuchsgruppen. Die Anrechnung vorhandener Einkommen bei der Berechnung des Auszahlungsbetrags bleibt davon unberührt.</p> <p>(6) Außer zur Erfüllung der in diesem Gesetz geregelten Anforderungen, wie der Bereitschaft zur Teilnahme an der wissenschaftlichen Erhebung und der Pflicht zur Erteilung der benötigten Informationen, werden keine Gegenleistungen der Teilnehmenden gefordert.</p> <p>(7) Alle zur Teilnahme berechtigten Personen, insbesondere Sozialleistungsbeziehende, erhalten rechtzeitig vor ihrer Entscheidung über die Teilnahme am Modellversuch durch die</p>	<p>teilnahmeberechtigt sind, wird sichergestellt, dass die Diversität der Bevölkerung abgebildet wird. Es muss sichergestellt werden, dass zum Start des Modellversuchs die Mindestteilnehmerzahl erreicht wird.</p> <p>(4) Da alle anderen Einwohnerinnen und Einwohner kein Grundeinkommen erhalten, sind sie gleichermaßen als Mitwirkende der Kontrollgruppe geeignet. Die Kontrollgruppe muss insgesamt repräsentativ sein. Die Größe der Kontrollgruppe soll im Forschungskonzept so festgelegt werden, dass die Aussagekraft des Modellversuchs möglichst optimal ist.</p> <p>(5) Die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens wäre nicht an eine bestehende sozialrechtliche Bedürftigkeit geknüpft, auch die Anzahl und Lebenssituation weiterer Personen im gleichen Haushalt wäre unerheblich. Dies wird im Modellversuch insoweit nachgebildet, dass die Teilnahme am Modellversuch von diesen Faktoren ebenfalls unabhängig ist. Nur bei der Ermittlung von Zusatzbedarfen und der Anrechnung von Einkommen entsteht eine bedarfsbezogene Differenzierung zwischen den Teilnehmenden.</p> <p>(6) Gegenleistungen werden nur zum Zweck der zuverlässigen Durchführung des Modellversuchs und der wissenschaftlichen Erhebungen gefordert. Da bei einem bedingungslosen Grundeinkommen auf den Zwang zur Arbeit oder der Erbringung anderer Gegenleistungen verzichtet wird, wird im Modellversuch ebenfalls auf Gegenleistungen verzichtet, die über die im Gesetzestext genannten Bereiche, wie der notwendigen Auskunftspflicht und der Teilnahme an den Befragungen, hinausgehen.</p> <p>(7) Die Hinweis- und Beratungspflicht der Verwaltung dient dazu, etwaige Unsicherheiten über die Konsequenzen bei der Teilnahme am Modellversuch auszuräumen, insbesondere hinsichtlich der vielfältigen sozialrechtlichen Schnittstellen zwischen diesem Gesetz und bestehenden</p>
--	---

<p>Verwaltung ein Beratungsangebot, das sie über die finanziellen und rechtlichen Folgen bei der Teilnahme am Modellversuch aufklärt. Dabei wird auch auf die Freiwilligkeit der Teilnahme am Modellversuch sowie auf die Folgen einer nur teilweisen Teilnahme in sozialrechtlichen Bedarfsgemeinschaften hingewiesen. Im Rahmen der Beratung erhalten die zur Teilnahme berechtigten Personen Informationen zur Höhe des zu erwartenden Auszahlungsbetrags, seine Zusammensetzung und den vorgenommenen Anrechnungen entsprechend der individuellen Lebenssituation. Die Verwaltung weist dabei im Rahmen ihrer Hinweispflicht insbesondere alle zum Modellversuch ausgewählten Personen auf mögliche nachteilige Auswirkungen der Teilnahme am Modellversuch für die Betroffenen hin. Beratungsangebot und Hinweispflicht bestehen während des Versuchszeitraums für alle Teilnehmenden sowie für Betroffene in Bedarfsgemeinschaften fort.</p> <p>(8) Die Teilnehmenden der Versuchsgruppen erhalten vor und während des Versuchszeitraums eine Übersicht ihres errechneten Gesamtbedarfs einschließlich der Zusatzbedarfe nach § 6 und ihrer monatlichen Auszahlungsbeträge sowie den Anrechnungen ihres anzurechnenden Einkommens. Ändert sich die Berechnung des Auszahlungsbetrags, so erhalten die Teilnehmenden eine neu berechnete Übersicht. Die Teilnehmenden müssen dazu, soweit notwendig, persönliche Verhältnisse offenlegen.</p> <p>(9) Für den Modellversuch werden Personen unter 16 Jahren durch die Erziehungsberechtigten vertreten. Mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten können Minderjährige, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, eigenständig über die Teilnahme am Modellversuch entscheiden.</p>	<p>Sozialleistungen, u.a. bei sozialrechtlichen Bedarfsgemeinschaften. Die für den Modellversuch ausgewählten Personen sollen so eine informierte Entscheidung über die Teilnahme treffen können. Für Fälle eintretender Änderungen im Sozialrecht oder der persönlichen Lebensumstände besteht die Hinweis- und Beratungspflicht während des Versuchszeitraums fort.</p> <p>(8) Die Teilnehmenden sollen jederzeit erkennen können, ob und wie weit sie durch das Modell-Grundeinkommen finanziell besser gestellt sind und wie sich ihr monatlicher Auszahlungsbetrag zusammensetzt.</p> <p>(9) Die Regelung schafft Klarheit für die Kommunikation mit Minderjährigen im Modellversuch.</p>
---	--

<p>§ 6 Sonderregelungen</p> <p>(1) Zur Vermeidung von Härten, zur Deckung von Bedarfen in besonderen Lebenssituationen sowie zur Vermeidung der Nicht-Teilnahme Betroffener am Modellversuch soll das vom Forschungspartner erstellte Forschungskonzept zusätzlich zum Grundbedarf Zusatzbedarfe berücksichtigen. Die Zusatzbedarfe sollen dabei insbesondere folgende Beträge umfassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für Teilnehmende, die bei einer Leistung nach SGB II Anspruch auf Mehrbedarfe nach § 21 SGB II Absätze 2, 4 und 5 (Mehrbedarfe bei Schwangerschaft, Behinderung und bei kostenaufwändiger Ernährung), § 26 SGB II (Zuschüsse zu Beiträgen zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung) oder § 28 SGB II (Bedarfe für Bildung und Teilhabe) hätten, und zwar maximal bis zu dem Betrag, der für diese Mehrbedarfe nach SGB II anzusetzen wäre; 2. Für Teilnehmende, die Beiträge im Rahmen einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung errichten sowie laufende Beiträge, die zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen zu leisten sind, die dem Zweck der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entsprechen, und zwar maximal bis zur Höhe des Mindestbeitrags in der freiwilligen Rentenversicherung. Dies gilt auch, wenn die Beiträge von einem anderen Haushaltsmitglied geleistet werden, jedoch nicht, wenn eine im Wesentlichen beitragsfreie Sicherung oder eine Sicherung besteht, für die Beiträge von Dritten zu leisten sind. 3. Die Beiträge zur Kranken-, Pflege und Rentenversicherung sind als Zusatzbedarf nur zu berücksichtigen, wenn sie nicht aus eigenem Einkommen bestritten werden können. 	<p>zu § 6 Sonderregelungen</p> <p>(1) Auch individuell höhere Bedarfe sollen nicht dazu führen, dass Teilnehmende zusätzlich Sozialleistungen nach SGB beziehen oder beantragen müssen oder sich entscheiden, ganz auf die Teilnahme am Modellversuch zu verzichten. Dies betrifft besondere Lebenslagen wie eine Schwangerschaft oder Mehrbedarfe aufgrund von Behinderung oder Krankheit. Für alle Teilnehmenden muss zusätzlich zum Existenzminimum auch der Zugang zur Kranken- und Pflegeversicherung sichergestellt werden, sofern ein Versicherungsschutz nicht bereits besteht. Ebenfalls soll sichergestellt werden, dass Menschen, für die ein Aufbau von Wartezeiten in der Rentenversicherung wichtig ist, sich freiwillig versichern können. Anders als beim Bezug von Bürgergeld gilt die Zeit der Teilnahme am Modellversuch nämlich nicht als Wartezeit in der Rentenversicherung. Besteht genügend eigenes Einkommen, so soll der Versicherungsschutz von den Teilnehmenden jedoch selbst getragen werden. Die Kosten hierfür können entsprechend § 2 Nummer 8 vom Einkommen abgezogen werden, bevor es als anzurechnendes Einkommen in die Berechnung des Auszahlungsbetrags einfließt.</p> <p>Die Anzahl von Teilnehmenden mit darüber hinausgehenden sozialrechtlich definierten Zusatzbedarfen ist als so niedrig einzuschätzen, dass sie für die Aussagekraft des Modellversuchs vernachlässigt werden können. Sie sollen daher lediglich in der Rechtsverordnung berücksichtigt werden. Bei über das Existenzminimum hinausgehenden Wohnkosten werden Teilnehmende ohne ausreichendes eigenes Einkommen auf Leistungen nach dem WoGG verwiesen.</p> <p>(2) Da der Grundbedarf nach § 4 Absatz 2 Nummer 2 höher angesetzt ist als das im Rahmen von Bürgergeld nach SGB II gewährte Existenzminimum, müssen</p>
---	---

<p>Weitere sozialrechtlich definierte Zusatzbedarfe sollen in der Rechtsverordnung nach §8 berücksichtigt werden, sofern dies dem Zweck dieses Gesetzes nach § 1 sowie dem Forschungsauftrag nach § 3 Absatz 2 dient.</p> <p>Über den Grundbedarf hinausgehende Wohnkosten müssen aus eigenem Einkommen oder über Leistungen nach dem WoGG gedeckt werden.</p> <p>(2) Zusatzbedarfe werden bei der Berechnung des Gesamtbedarfs nur insoweit berücksichtigt, als sie die Differenz zwischen dem Grundbedarf und dem in Hamburg gültigen Existenzminimum für die am Modellversuch teilnehmende Person überschreiten.</p> <p>(3) Beziehen Teilnahmeberechtigte vor Beginn des Modellversuchs staatliche Sozialleistungen, werden sie von der Verwaltung auf ihre bestehenden Pflichten hingewiesen, erhaltene Auszahlungen im Modellversuch bei den entsprechenden Stellen anzugeben.</p> <p>(4) Auszahlungen für am Modellversuch teilnehmende minderjährige Personen werden an die Person ausgezahlt, die für die minderjährige Person kindergeldberechtigt ist. Gibt es keine kindergeldberechtigte Person, so werden die Auszahlungen an alle Erziehungsberechtigten zu gleichen Teilen aufgeteilt.</p> <p>(5) Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften des Sozialrechts bleiben unberührt.</p> <p>(6) Bestehende gesetzliche Regelungen zur Pfändbarkeit bleiben unberührt. Die Erstattung gepfändeter Anteile der Auszahlungsbeträge ist ausgeschlossen.</p> <p>(7) Bestehende gesetzliche Regelungen zur Versteuerung erhaltener Auszahlungsbeträge bleiben unberührt. Die</p>	<p>Zusatzbedarfe ohne Schaden für den Modellversuch nur übernommen werden, sofern sie diesen Erhöhungsbetrag übersteigen. Hierdurch wird in der Mehrzahl der Fälle der Zusatzbedarf unbürokratisch über die pauschale Erhöhung des Grundbedarfs mit abgedeckt.</p> <p>(3) Bisher sozialrechtlich bedürftige Personen sollen bei der Teilnahme bei Teilnahme am Modellversuch ihre finanzielle Bedürftigkeit überwinden. Die Auszahlungen im Modellversuch werden daher als vorrangig behandelt. Überschneidet sich der Leistungszeitraum einer bezogenen Sozialleistung mit der Teilnahme am Modellversuch, müssen Teilnehmende mit Rückzahlungsforderungen seitens der zuständigen sozialrechtlichen Behörden rechnen.</p> <p>(4) Die Regelung dient der Klarstellung.</p> <p>(5) Nehmen in einem Haushalt nicht alle Haushaltsmitglieder am Modellversuch teil oder beziehen einzelne Haushaltsmitglieder zusätzlich zur Teilnahme am Modellversuch Sozialleistungen, so bleiben die Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften für Haushaltsmitglieder, die die Sozialleistungen beziehen, bestehen. Das Beratungsangebot nach §5 Abs. 7 umfasst auch diese Fälle.</p> <p>(6) Es ist von einer Pfändbarkeit des Auszahlungsbetrags auszugehen, da mit diesem Gesetz keine Änderungen der Pfändungsregelungen vorgesehen sind. Der Pfändungsfreibetrag besteht unabhängig vom Modellversuch weiter, so dass im Regelfall das gesetzliche Existenzminimum gewahrt bleibt.</p> <p>(7) Die Regelung dient der Klarstellung. Im Einkommenssteuerrecht sind Bezüge aus öffentlichen Mitteln, die wegen Hilfsbedürftigkeit bewilligt werden, nach § 3 Nummer 11 Satz 1 EStG von der Steuer befreit. Für die Feststellung der Hilfebedürftigkeit im einkommenssteuerrechtlichen Sinn wird hierbei die Regelung des § 53 Nummer 2 AO herangezogen. Demnach gelten Personen als hilfebedürftig, deren Bezüge nicht höher sind</p>
--	---

<p>Erstattung zu zahlender Steuern ist ausgeschlossen.</p> <p>(8) Ist bei Durchführung des Modellversuchs das Gesetz zur Kindergrundsicherung in Kraft, werden die das Kindergeld betreffenden Regelungen dieses Gesetzes analog für die Kindergrundsicherung in voller Höhe angewendet, einschließlich Kindergarantiebetrags und Kinderzusatzbetrags.</p>	<p>als das Vierfache des Regelsatzes der Sozialhilfe im Sinne des § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch; beim Alleinstehenden oder Alleinerziehenden tritt an die Stelle des Vierfachen das Fünffache des Regelsatzes. Dies trifft grundsätzlich auf alle Teilnehmenden am Modellversuch zu, die einen Auszahlungsbetrag erhalten. Dieser unterliegt daher regelmäßig nicht der Einkommenssteuerpflicht. In dem Fall, dass eine Person im Rahmen des Modellversuchs aufgrund der eigenen Einkommenssituation einen Auszahlungsbetrag erhält, einkommensteuerrechtlich aber mit einer weiteren Person zusammen veranlagt wird, die über ein entsprechendes eigenes Einkommen verfügt und nicht hilfebedürftig im Sinne des § 53 Nummer 2 AO ist, kann jedoch Einkommenssteuer anfallen. Ebenfalls nicht steuerbefreit ist nach § 53 Nummer 2 AO Satz 2 das Einkommen von Personen, deren Vermögen zur nachhaltigen Verbesserung ihres Unterhalts ausreicht und denen zugemutet werden kann, es dafür zu verwenden. Bei diesen Personen erhöht sich die Einkommenssteuer gegebenenfalls durch den Auszahlungsbetrag, wobei das Existenzminimum in jedem Fall durch den einkommenssteuerlichen Grundfreibetrag steuerfrei bleibt. Für die Durchführung des Modellversuchs sind diese einkommenssteuerrechtlichen Folgen unschädlich.</p> <p>(8) Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesetzentwurfs war das Inkrafttreten der geplanten Kindergrundsicherung für 2025 zwar vorgesehen, jedoch noch unsicher. Daher bezieht sich das Gesetz regelhaft noch auf das Kindergeld, berücksichtigt mit dieser Regelung jedoch die mögliche Ersetzung bzw. Erweiterung durch die Kindergrundsicherung. Im Falle deutlich erhöhter Auszahlungsbeträge der Kindergrundsicherung können sich die Auszahlungen für Kindergrundsicherungsberechtigte im Modellversuch entsprechend deutlich reduzieren.</p>
--	--

<p>§ 7 Wissenschaftliche Begleitung</p> <p>(1) Die wissenschaftlichen Erhebungen bei den Teilnehmenden sind so auszugestalten, dass aus den erhobenen Daten mindestens Aussagen über die in § 4 Abs. 2 genannten Gesichtspunkte getroffen werden können. Es sind mindestens folgende Befragungen durchzuführen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Anfangsbefragung vor Beginn des Versuchszeitraums; 2. Zwischenbefragungen mindestens jährlich während der Laufzeit des Versuchszeitraums; 3. eine Abschlussbefragung zum Zeitpunkt der letzten Geldzahlungen; 4. eine oder mehrere Nachbefragung frühestens zwei, spätestens 5 Jahre nach Abschluss des Versuchszeitraums. <p>(2) Für die Teilnahme an den Erhebungen können die Teilnehmenden der Versuchsgruppen und die Mitwirkenden der Kontrollgruppe eine Aufwandsentschädigung erhalten.</p> <p>(3) Die Auswertung des Modellversuchs wird in Form eines Abschlussberichts veröffentlicht, bestehend aus einem Haupt- und einem Nachbericht. Der Hauptbericht wird spätestens ein Jahr nach der Abschlussbefragung veröffentlicht. Der Nachbericht wird spätestens ein Jahr nach der Nachbefragung veröffentlicht. Im Abschlussbericht sind die Ergebnisse des Modellversuchs darzustellen und wissenschaftlich zu bewerten. Zusätzlich können Zwischenberichte veröffentlicht werden.</p> <p>(4) Die erhobenen Daten aller Phasen werden spätestens ein Jahr nach Abschluss des Modellversuchs bzw. ein Jahr nach Durchführung der Nachbefragungen nach § 7 Absatz 1 Nummer 4 ausreichend anonymisiert veröffentlicht. Die Daten können weiteren Forschenden</p>	<p>zu § 7 Wissenschaftliche Begleitung</p> <p>(1) Die durchgeführten Befragungen sollen Veränderungen in den Lebensumständen und den Entscheidungen der Teilnehmenden erheben. Dazu wird vor Beginn der ersten Geldzahlung der Ausgangszustand erfasst, der sodann mit den Daten weiterer Messpunkte verglichen werden kann. Die Nachbefragung nach Abschluss des Versuchszeitraums dient dazu, auch längerfristige Wirkungen zu messen. Neben die quantitativen Befragungen können auch qualitative Befragungen treten.</p> <p>(2) Aufwandsentschädigungen können sinnvoll sein, um Teilnehmende, die keine oder nur eine geringe Geldzahlung erhalten, sowie Mitwirkende der Kontrollgruppe zur Teilnahme an den Befragungen zu motivieren. Üblich sind Entschädigungen für den Zeitaufwand in einer Höhe zwischen 5 und 25 EUR je Befragung (Stand 2023).</p> <p>(3) Der Abschlussbericht ermöglicht die wissenschaftlich fundierte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Erprobung. Mit den genannten Fristen wird sichergestellt, dass die Veröffentlichung zeitnah erfolgt.</p> <p>(4) Die Daten sollen der Öffentlichkeit zum Zwecke der Transparenz zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus sollen sie weiteren Forschenden zur Verfügung gestellt werden, um weitere Forschung zum Grundeinkommen zu ermöglichen und voranzutreiben. Durch die Anonymisierung wird sichergestellt, dass kein Personenbezug hergestellt werden kann.</p>
---	---

<p>pseudonymisiert zur weiteren Auswertung zur Verfügung gestellt werden.</p>	
<p>§ 8 Rechtsverordnungsermächtigung</p> <p>(1) Der Senat wird ermächtigt, nach Anhörung des Forschungspartners die näheren Bestimmungen zur Planung, Durchführung und Auswertung des Modellversuchs auf Basis des Forschungskonzepts sowie der Durchführung dieses Gesetzes durch Rechtsverordnung festzulegen. Insbesondere können geregelt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Festlegung des jeweils für Hamburg geltenden Existenzminimums nach § 2 Nummer 6; 2. die Einzelheiten der Definition und der Feststellung des monatlichen anzurechnenden Einkommens der Teilnehmenden nach § 2 Nummer 8; 3. die Festlegung der zur Umsetzung dieses Gesetzes beauftragten Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg nach § 2 Nummer 9; 4. die Details zu Umfang und Umsetzung des Forschungsauftrags nach § 3 einschließlich der Bestimmungen zur Kürzung der Dauer des Modellversuchs nach § 3 Absatz 8; 5. das Forschungskonzept nach den §§ 4 bis 7, hier insbesondere <ol style="list-style-type: none"> a) die Ausgestaltung der modellierten Varianten von Modell-Grundeinkommen nach § 4 einschließlich der Festlegungen zum Grundbedarf, der Festlegungen zur Berechnung und Auszahlung des Auszahlungsbetrags nach § 4 Absatz 3 sowie der Festlegungen zur Berechnung und den Auskunftspflichten nach § 4 Absatz 4; b) Festlegungen zur Anzahl der Teilnehmenden nach § 5 Absatz 1; 	<p>zu § 8 Rechtsverordnungsermächtigung</p> <p>(1) Die Norm enthält eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung. Die Anhörung des Forschungspartners stellt sicher, dass bestmögliche Entscheidungen im Sinne des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns getroffen werden. Dadurch wird erreicht, dass der Forschungspartner als fachlich kompetenter Partner das Forschungskonzept maßgeblich prägt, gleichzeitig aber durch die Form der Rechtsverordnung größtmögliche Rechtssicherheit für die Erprobung und die damit verbundene Auszahlung staatlicher Gelder geschaffen wird. Dort, wo die Verwaltung das vom Forschungspartner erstellte Forschungskonzept nicht wie vorgeschlagen für umsetzbar hält, sollen Verwaltung und Forschungspartner gemeinsam einen Vorschlag erarbeiten, der die Interessen und Möglichkeiten von Verwaltung und Forschung berücksichtigt. Letztlich entscheidet jedoch aus rechtlichen Gründen die Verwaltung. Die Datenschutzrichtlinien müssen insbesondere die Mittel, den Umfang sowie den technisch-organisatorischen Rahmen, der für den Modellversuch erforderlichen Datenverarbeitungen festlegen. Die aktuellen wissenschaftlichen Standards sind insbesondere im Hinblick auf die datenschutzrechtlichen Interessen der Teilnehmenden zu berücksichtigen. Indem die Datenschutzrichtlinien für den Modellversuch als Rechtsverordnung zu erlassen sind, ist sichergestellt, dass die Verwaltung als öffentliche Stelle i. S. d. § 2 Abs. 1 HmbDSG datenschutzrechtliche Verantwortliche i. S. d. Art. 4 Buchstabe 7 DSGVO ist, unabhängig von der konkreten Kooperationsform mit dem Forschungspartner. Da die Planung des Modellversuchs erst durch den Forschungspartner im Rahmen seines Forschungsauftrags erfolgt, kann die Verwaltung die Richtlinien für die</p>

<p>c) Festlegungen zur Auswahl und Aufteilung des Versuchsgebiet einschließlich der Erstellung hierzu erforderlicher Statistiken nach § 5 Absatz 2;</p> <p>d) die Auswahl der potenziell Teilnehmenden, die Kontaktaufnahme zu diesen, das Verfahren der Aufteilung auf die Versuchsgruppen und der möglichen Erweiterung des Versuchsgebiets sowie den Stichtag nach § 5 Absatz 3;</p> <p>e) Bestimmungen für den erstmaligen Eintritt sowie einen späteren Eintritt von Teilnehmenden in den Modellversuch, das Ruhen der Teilnahme im bzw. das vorzeitige Ausscheiden aus dem Modellversuch, die Folgen bei fehlender Bereitschaft zur Teilnahme an den Erhebungen nach § 7 Absatz 1, für die Verlagerung des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts in das Versuchsgebiet hinein, aus dem Versuchsgebiet heraus oder innerhalb des Versuchsgebiets, für Geburt und Tod von Einwohnerinnen und Einwohnern des Versuchsgebiets sowie für das freiwillige Ausscheiden aus dem Modellversuch nach § 5 Absatz 3;</p> <p>f) die Auswahl der Kontrollgruppe nach § 5 Absatz 4;</p> <p>g) Bestimmungen zur Umsetzung der Beratungs-, Informations- und Hinweispflichten der Verwaltung sowie zur Offenlegung der persönlichen Verhältnisse der Teilnehmenden nach § 5 Absatz 7 und 8;</p> <p>h) die nähere Ausgestaltung und Anwendung der Sonderregelungen</p>	<p>Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Teilnehmenden nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 erst nach Vorliegen des Forschungskonzepts erlassen.</p> <p>(3) Der Modellversuch greift das öffentliche Interesse an Grundeinkommenskonzepten auf. Daher soll die Öffentlichkeit Gelegenheit haben, zum Entwurf des Forschungskonzeptes Stellung zu nehmen.</p>
---	--

<p>nach § 6 sowie Bestimmungen für darin nicht berücksichtigte Fälle;</p> <p>i) Umfang und Gestaltung der Erhebungen nach § 7 Absatz 1;</p> <p>6. die Einzelheiten der Gewährung der Aufwandsentschädigung nach § 7 Absatz 2;</p> <p>7. das Verfahren der Veröffentlichung der Daten nach § 7 Absatz 4;</p> <p>8. dem Zweck dieses Gesetzes entsprechende Richtlinien der Datenverarbeitung nach § 9. Dabei kann auch geregelt werden, inwiefern weitere zur Verfügung stehende Möglichkeiten genutzt werden, um relevante Informationen zu erhalten, einschließlich des Datenmaterials von Behörden. Hierzu kann festgelegt werden, inwiefern Finanzbehörden, das Statistische Landesamt und weitere dem Land Hamburg unterstehende Behörden dazu personenbezogene Daten aggregiert und anonymisiert an die Verwaltung und den Forschungsträger übermitteln dürfen sowie neue Statistiken erstellt werden dürfen;</p> <p>7. die zuständigen Behörden innerhalb der Verwaltung, sofern sich diese nicht bereits aus anderen gesetzlichen Regelungen ergeben;</p> <p>(2) Der Senat kann in diesem Gesetz enthaltene Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die zuständige Behörde weiter übertragen. Dies gilt nicht für die Ermächtigung zur Bestimmung der zuständigen Behörden innerhalb der Verwaltung.</p> <p>(3) Der Entwurf der Rechtsverordnung ist mit dem Hinweis öffentlich bekannt zu machen, dass Gelegenheit zur Stellungnahme während einer Frist von sechs Wochen ab Beginn der öffentlichen Bekanntmachung besteht. Der Forschungspartner und die Hamburgische Bürgerschaft ist innerhalb der</p>	
---	--

für die Öffentlichkeitsbeteiligung geltenden Frist anzuhören.	
<p>§ 9 Verarbeitung personenbezogener Daten Zur Erfüllung des wissenschaftlichen Forschungsauftrags werden personenbezogene Daten von den Teilnehmenden des Modellversuchs verarbeitet. § 11 Hamburgisches Datenschutzgesetz vom 18. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 145) in seiner jeweils geltenden Fassung findet entsprechende Anwendung.</p>	<p>zu § 9 Verarbeitung personenbezogener Daten Es handelt sich um einen privilegierten Verarbeitungszweck im Sinne des Art. 89 Abs. 1 DSGVO. Die Datenverarbeitung stützt sich auf § 11 Hamburgisches Datenschutzgesetz (HmbDSG) vom 18. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 145). § 11 HmbDSG enthält umfangreiche datenschutzrechtliche Vorgaben und gleicht die Interessen der Forschung mit denen der Betroffenen aus.</p>
<p>§ 10 Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.</p>	

Übersicht der Eintragungsstellen für die persönliche Eintragung¹⁾

Hamburg Service vor Ort – Standort für Einwohnerangelegenheiten	Postleitzahl	Anschrift	Öffnungszeiten
Hamburg-Mitte	20355	Caffamacherreihe 1-3	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Billstedt	22111	Öjendorfer Weg 9	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
City	20095	Spitalerstraße 4	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr Sonnabend: Sonderöffnungszeiten
Altona	22765	Ottenser Marktplatz 10	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Blankenese	22587	Sülldorfer Kirchenweg 2a	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Eimsbüttel	20144	Grindelberg 62-66	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Niendorf	22453	Garstedter Weg 11	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Nord	20249	Lenhartzstraße 28	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Barmbek-Uhlenhorst	22305	Poppenhusenstraße 6	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Langenhorn	22415	Langenhorner Markt 7r	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Wandsbek	22041	Schloßstraße 60	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Alstertal	22391	Wentzelplatz 7	Montag, Mittwoch, Freitag: 7.30-13.30 Uhr Dienstag und Donnerstag: 9.00-18.00 Uhr
Bramfeld	22179	HerthasträÙe 20	Montag: geschlossen Dienstag: 10.00-18.00 Uhr Mittwoch: 8.00-15.00 Uhr Donnerstag: 8.00-12.00 Uhr Freitag: 8.00-14.30 Uhr
Rahlstedt	22143	Rahlstedter Straße 151	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Bergedorf	21029	Weidenbaumsweg 21	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Harburg	21073	Harburger Rathausforum 3	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Süderelbe	21149	Neugrabener Markt 5	Montag: 8.00-15.00 Uhr Dienstag: 9.00-18.00 Uhr Mittwoch: geschlossen Donnerstag: 8.00-16.00 Uhr Freitag: 7.00-13.00 Uhr

¹⁾ Eine Barrierefreiheit ist bei allen aufgeführten Standorten gewährleistet.

Bekanntmachung des Volksbegehrens „G-9 Hamburg“

I.

Durchführung eines Volksbegehrens

Auf Grund von § 7 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – VAbstG – vom 20. Juni 1996 (HmbGVBl. S. 136), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2021 (HmbGVBl. S. 347), wird bekannt gemacht:

In der Zeit

vom 10. September 2024 (Dienstag)
bis zum 30. September 2024 (Montag)

wird in Hamburg ein Volksbegehren durchgeführt.

II.

Allgemeines

Nach Artikel 50 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (HmbBL. I 100-a), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 2023 (HmbGVBl. S. 169), kann das Volk im Rahmen der Volksabstimmung auch direkt an der Gesetzgebung mitwirken oder eine Befassung der Bürgerschaft mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen. Die Volksgesetzgebung erfolgt in drei Schritten:

- Volksinitiative,
- Volksbegehren und
- Volksentscheid.

Das zugrunde liegende Anliegen muss bei allen drei Schritten von den zur Bürgerschaft Wahlberechtigten in einem bestimmten Umfang unterstützt werden, wenn die Volksgesetzgebung erfolgreich abgeschlossen werden soll.

III.

Wortlaut des Volksbegehrens

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens „G-9-Hamburg“ ist der Anlage 1 zu entnehmen.

IV.

Namen und Anschrift der vertretungsberechtigten Personen für das Volksbegehren

Die Initiatoren werden durch die folgenden Personen vertreten:

- Herrn Dr. Gunnar Matschernus,
- Frau Sammar Rath,
- Frau Dr. Iris Wenderholm.

Die Erreichbarkeitsanschrift der Vertrauenspersonen ist nachstehend aufgeführt. Dort werden auch Auskünfte zu Inhalt und Ziel des Volksbegehrens gegeben: Elterninitiative G9 Hamburg, Postfach 762306, 22070 Hamburg.

V.

Verfahren

1. Allgemeines

Das Volksbegehren kommt zustande, wenn es von mindestens einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten – also hier 65.835 Eintragungsberechtigten – unterstützt worden ist; zugrunde gelegt wird die Zahl der 1.316.691 Wahlberechtigten aus der vorangegangenen Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 (§ 16 Absatz 1 VAbstG).

Das Volksbegehren wird durch eigenhändige Unterzeichnung der Eintragungsberechtigten in Eintragungslisten bei den öffentlichen Eintragungsstellen oder in freier Sammlung durch die Initiatoren oder durch Briefeintragung unterstützt (§ 9 Absatz 1 VAbstG). Die Eintragungslisten der örtlich zuständigen Stellen liegen bei den nachstehend aufgeführten „öffentlichen Eintragungsstellen“ aus (siehe Anlage 2).

Eine eintragungsberechtigte Person, die des Lesens unkundig oder wegen einer körperlichen Behinderung gehindert ist, die Eintragung eigenhändig vorzunehmen, darf eine Hilfsperson bestimmen, die ihr bei der Eintragung behilflich sein soll. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Eintragung eines anderen erlangt hat (§ 10 der Volksabstimmungsverordnung vom 19. Juli 2005, zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Oktober 2023 [HmbGVBl. S. 335]).

Die Volksinitiatoren sind berechtigt, Unterschriften zu sammeln (§ 9 Absatz 1 VAbstG). Nähere Einzelheiten sind hierzu bei den Volksinitiatoren zu erfragen (Anschrift siehe unter IV.). Die Eintragsfrist beginnt am 10. September 2024 und endet am 30. September 2024. Eintragungsberechtigte, die das Volksbegehren nicht unterstützen wollen, müssen nichts tun. Sie leisten keine Unterschrift – weder in einer Eintragungsliste bei den örtlich zuständigen Stellen oder bei den Volksinitiatoren noch bei der Briefeintragung.

2. Eintragungsberechtigung

Eintragungsberechtigt sind nach § 11 VAbstG in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft – Bürgerschaftswahlgesetz – in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. November 2023 (HmbGVBl. S. 374), alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, die am Tage des Ablaufs der Eintragsfrist (30. September 2024)

- das 16. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 30. September 2008 geboren sind und
- seit mindestens drei Monaten, also mindestens seit dem 30. Juni 2024, im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ihre (Haupt-)Wohnung haben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und
- nicht nach § 7 Absatz 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist nach § 7 Absatz 1 des Bürgerschaftswahlgesetzes, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt.

Eintragungsberechtigt sind auch wohnungslose Deutsche, wenn sie am 30. September 2024 die oben genannten Voraussetzungen erfüllen. Personen ohne festen Wohnsitz müssen dem Eintragungsformular zusätzlich eine Versicherung beifügen, in der sie versichern, dass sie die Eintragungsvoraussetzungen erfüllen.

Dies gilt auch für Eintragungsberechtigte, die sich im Vollzug gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (Teilanstalt für Frauen, Teilanstalt für Jugendarrest) oder der Justizvollzugsanstalt Glasmoor befinden.

3. Unterstützung des Volksbegehrens durch persönliche Eintragung in Eintragungslisten der öffentlichen Eintragungsstellen

- 3.1 Die Eintragung kann in einer Liste der Volksinitiatoren oder einer Liste einer der in Anlage 2 aufgeführten öffentlichen Eintragungsstellen unabhängig vom jeweiligen Wohnbezirk in Hamburg erfolgen.

3.2 Das Volksbegehren wird durch eigenhändige Unterzeichnung in Eintragungslisten unterstützt. Die Eintragung muss den Vor- und Familienamen, das Geburtsjahr, die Wohnanschrift und die Unterschrift der eintragungsberechtigten Personen enthalten (§ 12 Absatz 1 Satz 1 VAbstG).

4. Unterstützung des Volksbegehrens durch Briefeintragung

4.1 Die Eintragung kann auch durch Briefeintragung vorgenommen werden. Zur Briefeintragung erhält die eintragungsberechtigte Person ein Eintragungsformular und einen kostenfreien Rücksendeumschlag.

4.2 Die zur Briefeintragung erforderlichen Unterlagen können schriftlich bei der Briefeintragungsstelle beantragt werden (siehe unter VII.). In dem Antrag sind Vor- und Familienname sowie die Anschrift anzugeben. Der Antrag kann auch per Telefax oder E-Mail gestellt werden, nicht aber per Telefon. Der Antrag kann auch über das Internet unter <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/themen/wahlen/volksabstimmungen> gestellt werden. Will jemand für eine andere Person den Antrag zur Briefeintragung stellen, so muss durch schriftliche Vollmacht nachgewiesen werden, dass diese Person dazu berechtigt ist.

Die Zusendung der Eintragungsunterlagen erfolgt ab dem 20. Tag vor Beginn der Eintragsfrist, also ab dem 20. August 2024.

4.3 Die Landesabstimmungsleitung stellt 20 Tage vor Beginn der Eintragsfrist bis zum Ablauf des letzten Tages der Eintragsfrist im Internet Eintragungsformulare zur Verfügung (<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/behoerde-fuer-inneres-und-sport/themen/wahlen/volksabstimmungen>).

Diese können heruntergeladen, ausgedruckt, unterschrieben und an die Briefeintragungsstelle übersandt oder dort abgegeben werden.

4.4 Das Eintragungsformular muss im Original bis zum Ende der Eintragsfrist bei der Briefeintragungsstelle vorliegen, also bis zum 30. September 2024 (Montag), 24.00 Uhr (§ 13 Absatz 3 VAbstG). Eine Übermittlung per Telefax oder E-Mail ist unzulässig.

VI.

Öffentliche Eintragungsstellen

Öffentliche Eintragungsstellen sind die Hamburg-Service Vor Ort-Standorte für Einwohnerangelegenheiten. Die Eintragszeit entspricht den Öffnungszeiten der Standorte.

Die öffentlichen Eintragungsstellen können der Anlage 2 entnommen werden.

VII.

Briefeintragungsstelle

Es wird folgende Briefeintragungsstelle eingerichtet:

Bezirksamt Hamburg-Nord

Briefeintragungsstelle

Kümmellstraße 7, 20249 Hamburg

E-Mail-Adresse:

vb-g-9-hamburg@hamburg-nord.hamburg.de

Telefax-Nummer: 040/4279-04801

Telefonnummer: 040/428 04/23 33

Hamburg, den 9. August 2024

Der Landesabstimmungsleiter

Amtl. Anz. S. 1333

**Gesetz zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums in der
Freien und Hansestadt Hamburg
(G9-Gesetz)**

Hamburg ist eines der letzten alten Bundesländer, das an der 2010 eingeführten G8-Reform festhält – alle anderen Bundesländer haben nach anhaltender Kritik an G8 diese Umstellung teilweise oder ganz wieder zurückgenommen¹.

Wir fordern mehr Zeit zum Lernen für alle Hamburger Gymnasiast:innen. Stressresistenz und soziale Reife sind für Schüler:innen zentral, um sich zu gesunden und demokratisch denkenden Akteuren in der Gesellschaft entwickeln zu können. Die jüngsten Herausforderungen, vor allem die Folgen der Corona-Pandemie, die kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb Europas und die Klimakrise machen es den Schüler:innen zunehmend schwerer, sich in dieser Welt zu orientieren und zu behaupten. Die gravierenden psychischen Belastungen, die (sich daraus ergebenden) deutlich erkennbaren Lernrückstände und die fehlende soziale Reife beim Ablegen des Abiturs erfordern ein Umdenken und schnelles Handeln in der Schulpolitik. Auch an Hamburger Gymnasien muss das Ziel ein ganzheitliches, von den psychosozialen Bedürfnissen der Lernenden ausgehendes Lernen und Reifen sein. Entschleunigung ist dabei der entscheidende Faktor.

Gute Bildung und fundierter Wissenserwerb brauchen Zeit. Forschendes Lernen und interessengeleitetes Arbeiten mit der Möglichkeit, Wissen durch Erfahrungen und Experimente zu erwerben, sind Grundpfeiler einer zeitgemäßen Pädagogik und müssen im Mittelpunkt des Gymnasiums stehen. Sprachbildung ist dabei grundlegend, um innerhalb einer heterogenen Schülerschaft Chancengleichheit herzustellen. Im Hinblick auf die Herausforderungen, die die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz mit sich bringt, sind überfachlicher Kompetenzerwerb dringend geboten. Der Stellenwert von Geschichts- und Politikunterricht (PGW) sowie ästhetische Erziehung (Theater, Bildende Kunst, Musik) sind für Demokratieverstehen und die Formung kognitiver Fähigkeiten dabei von zentraler Bedeutung.

Im bundesweiten Vergleich ist die Chancengleichheit der Hamburger Schüler:innen am Gymnasium nicht gegeben: Hamburger Gymnasiast:innen schreiben nach 12 Schuljahren ein Abitur, auf das Gymnasiast:innen anderer Bundesländer 13 Jahre vorbereitet werden. Dieses zusätzliche Schuljahr ist sowohl für die Entwicklung des kritischen Denkens als auch für den sozialen Reifungsprozess der Jugendlichen entscheidend. Das Abitur als Reifezeugnis soll diesen beiden Aspekten Rechnung tragen. Das Bestreben der

¹ Von den alten Bundesländern sind nur Hamburg, Berlin und Bremen bei G8 verblieben. Einige Bundesländer haben teils bereits vor der Pandemie auf G9 umgestellt (Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein). Hessen führt G8 und G9 parallel weiter, Rheinland-Pfalz hat nur 13 % der Gymnasien als G8. Im Saarland ist G9 nun auch beschlossen und wird zum Schuljahr 2023/24 umgesetzt (ein Jahr nach Zustimmung zum Gesetzesentwurf). In Baden-Württemberg war die Volksinitiative erfolgreich und sammelt, unterstützt durch den Philologenverband, derzeit Unterschriften für den Volksantrag.

Kultusministerkonferenz², ein national vergleichbares Abitur zu schaffen, bezieht sich lediglich auf die Abiturprüfung. Dass sich die unterrichtete Wochenstundenzahl der einzelnen Kurse in den Bundesländern jedoch zum Teil stark unterscheidet, wird dabei ignoriert.³ So müssen die Schüler:innen in der Hamburger Profiloberstufe beispielsweise die Inhalte in max. vierstündigen Kursen erreichen, wobei andernorts dafür fünfständige Kurse vorgesehen sind.

Das durch G8 fehlende Lern- und Reifungsjahr ist ein Wettbewerbsnachteil für die Hamburger Abiturient:innen, die sich mit ihren weniger gefestigten Kenntnissen und weniger fundierten Kompetenzen sowohl national als auch international auf dieselben Studien- und Ausbildungsplätze bewerben wie Gymnasiast:innen, die unter G9-Bedingungen Abitur gemacht haben. In diesem Sinne verstehen wir unser Anliegen auch als einen Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit und somit Demokratie innerhalb Deutschlands.

Unser Ziel: An Gymnasien der Freien und Hansestadt Hamburg wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt das reformierte neunjährige Gymnasium (G9) eingeführt. Nicht nur die zukünftigen 5. und 6. Klassen sollen davon profitieren, sondern auch die Gymnasiast:innen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes die Jahrgangstufen 7-10 besuchen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes müssen Bildungspläne und Wochenstunden angepasst werden. Die aktuellen Bildungspläne der Mittelstufe müssen entzerrt und die Anzahl der Wochenstunden reduziert werden. Den Schüler:innen, die bei der angestrebten Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums noch unter G8-Bedingungen lernen, wird durch die Einführung einer einjährigen Vorstufe vor Übertritt in die Oberstufe zum einen die Möglichkeit gegeben, Lernlücken zu schließen und Unterrichtsinhalte zu festigen und zu vertiefen. Auf der anderen Seite können in der Vorstufe verstärkt Methoden und Inhalte vermittelt werden, die Schule, Universität und Arbeitswelt miteinander verbinden. Beispielsweise sollten die Schüler:innen verstärkt zum selbständigen, interessegeleiteten Arbeiten sowie zum fächerübergreifenden und forschenden Lernen angeleitet werden. Größere Projekte, die außerschulische Lernorte und praxisbezogenes Arbeiten einbeziehen, sind dabei ebenso sinnvoll wie berufs- und studienorientierende Maßnahmen.

Wir fordern eine zeitgemäße Bildungspolitik unter Einbeziehung der pädagogischen Kompetenzen der Lehrer:innen und der Berücksichtigung der wissenschaftlichen Forschung. Diese muss den **Bedürfnissen der Schüler:innen** Rechnung tragen und die **drängenden Herausforderungen unserer Zeit** in den Blick nehmen. Bei der Verlängerung des Hamburger Schulfriedens wurden die aktuellen politischen, psychischen und sozialen Herausforderungen ignoriert. Derzeit besuchen 59.235 Hamburger Schüler:innen das

² <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kultusministerkonferenz-gleicht-rahmenbedingungen-fuer-die-gymnasiale-oberstufe-weiter-an.html>

³ Es herrscht eine große Diskrepanz, was die Wochenstundenzahl (Wstd.) an Gymnasien betrifft. Vor der Einführung des G8 hatten die Hamburger Schüler:innen 271 Wstd. bis zum Abitur, derzeit sind es 265. In anderen Bundesländern in denen es bereits G9 gibt, liegt die Wochenstundenzahl nach Umstellung teilweise höher. Quelle: Wochenpflichtstunden_der_SchuelerInnen_2022.pdf (kmk.org)
Bspw.: Bayern 282 Wstd. (unter G8: 260 ggf + 9 Wstd.), Niedersachsen 273 Wstd., Schleswig-Holstein 277 Wstd. (unter G8: 269 Wstd.), Saarland 279 Wstd. (unter G8: 260 Wstd), Hessen G9 279 Wstd., NRW ca. 280 Wstd., Rheinland-Pfalz 276 Wstd. (unter G8: 265 Wstd.).

Gymnasium⁴. Bekannt ist, dass sich schon im Jahr 2019, also vor der Pandemie, 76 % der Hamburger laut einer Forsa Umfrage⁵ für eine Rückkehr zum G9-Modell aussprachen.

Wir stehen nicht in Konkurrenz zu den Stadtteilschulen: Vor der Einführung der G8-Reform im Jahr 2010 konnte in Hamburg sowohl am Gymnasium als auch an den damaligen Gesamtschulen in 9 Jahren das Abitur erworben werden. Heute gibt es sowohl im Saarland als auch in Schleswig-Holstein, ähnlich wie in Hamburg, ein Zweisäulenmodell an den weiterführenden Schulen. Neben den Gymnasien gibt es dort die Gemeinschaftsschulen, an denen nach 9 Jahren das Abitur erreicht werden kann. Dass eine Rückkehr an Gymnasien zu G9 bedeutet, dass sowohl an Gemeinschaftsschulen als auch an Gymnasien das Abitur nach 9 Jahren absolviert wird, wurde dort politisch nicht als problematisch angesehen. Auch der befürchtete „Run“ auf die Gymnasien durch diese Umstellung ist ausgeblieben. Die Anmeldezahlen von Schüler:innen an den Gemeinschaftsschulen und den Gymnasien sind im Saarland konstant⁶, in Schleswig-Holstein sind die Anmeldezahlen an Gymnasien kurz nach der Umstellung 2019 sogar zurückgegangen⁷. Durch gute Beratung der Eltern und die offene Kommunikation durch Lehrkräfte und Schulleitungen kann die jeweils für das Kind am besten geeignete Schulform gefunden werden. Die Hamburger Stadtteilschulen, die in 9 Jahren zum Abitur führen, zeichnen sich durch ein anderes Bildungskonzept als die Gymnasien aus. Sie legen ihre Schwerpunkte deutlicher auf das einzelne Kind sowie auf den Erwerb einer vertieften Allgemeinbildung. Durch den Einsatz von Sozialpädagog:innen und Förderlehrer:innen und kleinere Klassen können sie auf soziale Aspekte und Diversität eingehen und jedes Kind beim Lernen in einer heterogenen Gruppe individueller fördern und fordern.

Die Umsetzung der Initiative könnte, ähnlich wie im Saarland, in einem Beteiligungsforum unter Einbindung der Schüler- und Elternvertreter, Gewerkschaften und Lehrerverbände erfolgen⁸. Auch in NRW wurden in weniger als 2 Jahren nach Gesetzesänderung G9 zum Schuljahr 2019/20 für alle Fünft- und Sechstklässler umgesetzt⁹. Im Saarland hat dieser Prozess nur ein Jahr gedauert. Die notwendigen finanziellen Mittel wurden den Kommunen bereitgestellt, sowohl für Schulräume als auch für Personalbedarf. An diesen Fallbeispielen ist ersichtlich, dass der politische Wille einen Wechsel zu G9 trotz aller finanziellen, baulichen und personellen Herausforderungen ermöglichen kann.

Bundesweit finden sich genügend Beispiele und Modelle für die Umsetzung unserer Forderungen, an denen sich die Hansestadt Hamburg orientieren kann. Das Rad muss nicht neu erfunden, aber doch wieder zum Laufen gebracht werden!

⁴ [Entwicklung der Schülerzahlen in Hamburg - hamburg.de](https://www.abendblatt.de/hamburg/article216181131/Hamburger-wollen-wieder-Abi-nach-neun-Jahren-an-Gymnasien.html)

⁵ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article216181131/Hamburger-wollen-wieder-Abi-nach-neun-Jahren-an-Gymnasien.html>

⁶ [Saarland - Medieninformationen - Vorläufige Anmeldezahlen zum Schuljahr 2022/2023 für Gemeinschaftsschulen und Gymnasien](https://www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/medieninformationen/2022/10/PM_221018-lpk-g9.html)

⁷ [Weniger Anmeldungen für Gymnasien in Schleswig-Holstein \(kn-online.de\)](https://www.kn-online.de)

⁸ SR.de: "Wir wollten schon lange eine Entlastung der Mittelstufe"

https://www.saarland.de/mbk/DE/aktuelles/medieninformationen/2022/10/PM_221018-lpk-g9.html

⁹ [Erklärfilm "Das neue G9" | Bildungsportal NRW \(schulministerium.nrw\)](https://www.schulministerium.nrw)

**Gesetz zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums in der
Freien und Hansestadt Hamburg (G9-Gesetz)**

Artikel 1

Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG)

Das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG) vom 16. April 1997 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 11. Oktober 2022 (HmbGVBl. S. 532), wird wie folgt geändert:

1. § 17 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das neunjährige Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13. Die Jahrgangsstufen 5 und 6 bilden als pädagogische Einheit die Beobachtungsstufe. Sie bereitet auf den weiteren Besuch des Gymnasiums vor und schafft eine Grundlage für die Entscheidung über die weiterführende Schulform. Die Jahrgangsstufen 7 bis 10 bilden die Mittelstufe. Klasse 11 bildet die Vorstufe zur Vertiefung, Orientierung und Vorbereitung der Schüler. Die Jahrgangsstufen 12 und 13 umfassen die Oberstufe.“

2. § 42 Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Für den Übergang in Jahrgangsstufe 7 des Gymnasiums, in die Sekundarstufe II oder in eine andere Schulform ist erforderlich, dass die Schülerin oder der Schüler die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mitarbeit in die gewählte Schulstufe oder Schulform erfüllt. Die Zeugniskonferenz stellt fest, ob die Voraussetzungen für den Übergang vorliegen. Ist nicht zu erwarten, dass die Schülerin oder der Schüler den Anforderungen des gymnasialen Bildungsgangs gewachsen sein wird, wechseln die Schülerin oder der Schüler in Jahrgangsstufe 7 der Stadtteilschule.“

Artikel 2

Übergangsregelung

§ 17 Abs. 1 HmbSG und § 42 Abs. 5 HmbSG in der Fassung dieses Gesetzes ist auf diejenigen Schüler:innen anzuwenden, die ab dem Schuljahr des Inkrafttretens dieses Gesetzes in eine 5. Klasse aufgenommen werden. Schüler:innen, die im Schuljahr des Inkrafttretens dieses Gesetzes die Klassen 6 bis 10 besuchen, haben die Möglichkeit, eine Jahrgangsstufe zu wiederholen.

Zudem wird eine Durchlässigkeit zwischen Jahrgangsstufen 7-10 gefordert, so dass Schülerinnen und Schüler zum Ende eines jeden Schuljahres auf eine andere Schulform wechseln können und nicht nur nach Klasse 6 und nach Klasse 10.

**Für den Umgang mit Wiederholungsanträgen gelten in der Übergangslösung folgende
Regelungen:**

Entscheidend für die Gestattung der Wiederholung ist nur noch die Frage, ob der Schüler in der nachfolgenden Jahrgangsstufe besser gefördert werden kann als in der Jahrgangsstufe, in die er mit seiner Klassengemeinschaft/Lerngruppe aufsteigt. Diese Einschätzung obliegt der Schule, denn sie kann am besten beurteilen, wie weit sich der Schüler vom durchschnittlichen Lernerfolg der

Klassengemeinschaft/Lerngruppe entfernt hat und welchen Umfang oder welche Intensität die Fördermaßnahmen haben müssten, um den Anschluss an die Klassengemeinschaft wieder herzustellen¹.

Bei der Entscheidung ist insbesondere zu beachten:

- Ist der Förderbedarf des Schülers signifikant höher als der der anderen Schüler der Lerngruppe?
- Droht sich der Abstand zur übrigen Lerngruppe beim Verbleib in der Lerngruppe zu vergrößern, oder besteht die Erwartung, dass er bei Normalisierung des Unterrichts verringert werden kann?
- Kann die Schule besondere Förderung in allen Fächern anbieten, in denen die Leistungen nur schwach ausreichend oder schlechter sind? Und ist die Mitarbeit in der besonderen Förderung für den Schüler leistbar oder droht eine Überforderung?

Wichtig für eine umsetzbare und erfolgreiche Übergangslösung ist die flexible Absprache in Einzelfällen. So haben die jetzigen Gymnasiasten die Sicherheit, das Abitur in 13 Jahren machen zu können, sofern der Wunsch besteht. Die Schule hingegen sieht sich nicht überfordert, da sie die absolute Mitsprache haben und immer zum Wohle des Kindes handeln können.

Voraussetzung für das **flexible Jahr** ist ein Austausch mit der Schule, deren Leitung am Ende die Entscheidung trifft. Damit soll vermieden werden, den Gymnasien zweigleisige G8- und G9-Jahrgänge zu verordnen. Vielmehr erhalten Kinder in besonderen Notsituationen durch ein Wiederholen die Möglichkeit zur Unterstützung, während die gewohnten Jahrgänge und Abläufe für die Schule erhalten bleiben.

Denkbar wäre auch das **Wiederholen einzelner Fächer**. Hat ein Kind beispielsweise in einem bestimmten Fach so großen Nachholbedarf, dass es diesen allein und durch den regulären Unterricht nicht aufholen kann, könnten Stunden aus den niedrigeren Jahrgängen genutzt werden, um Defizite aufzuholen; trotzdem kann das Kind in seiner Peergroup, im Klassenverband, bleiben. Die Entscheidung, ob die Schüler dann das Abitur nach zwölf oder 13 Jahren ablegen, ist in Absprache mit der Schulleitung zu treffen.

Der Nachholbedarf muss nicht unbedingt nur auf unzureichenden Schulnoten basieren, auch leistungsstärkere SchülerInnen sollen die Möglichkeit haben, in Rücksprache mit der Schule, wiederholen zu können. Gründe hierfür können auch psychische Leidenszustände sein.

Begründung:

Für die Schüler:innen, die aufgrund des Zeitdrucks ein Jahr länger benötigen, bedarf es einer flexiblen Lösung. Die heutigen Herausforderungen und die Auswirkungen der Schulschließungen durch Corona führen nach wie vor dazu, dass viele Schüler Bildungslücken aufweisen. Die Rückstände können so groß sein, dass die Klassenwiederholung bessere Möglichkeiten bietet, um Lerndefizite auszugleichen und die Leistungen dauerhaft zu verbessern. Daher sollten freiwillige Klassenwiederholungen in der Übergangszeit großzügig zugelassen werden, wenn sie pädagogisch sinnvoll und erforderlich sind. Entscheidend dabei ist, dass die jeweilige Schule allein über Wiederholungsanträge entscheidet, der Behördenvorbehalt wird ausgesetzt. Das gilt ebenso für die Jahrgangsstufe 10. Insbesondere Schüler:innen die das Gymnasium und damit das verkürzte Abitur wählen, stehen unter einem enorm hohen Druck, sowohl psychisch aber auch sprachlich immer den Anforderungen der kurzen Zeit

gerecht zu werden. Somit wird auch dem Gymnasium ermöglicht, diesen SchülerInnen eine gerechte Chance zu geben, das Abitur zu erlangen.

Für die Übergangslösung entfällt die strenge Prüfung durch die Schulbehörde, da ausschließlich die Gymnasien selber beurteilen können, welche SchülerInnen in der Übergangslösung eine flexible Lösung benötigen.

Artikel 3

Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am auf seine Verkündung folgenden 1. August in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Rahmenbedingungen

Mit der Einführung von G8 war insbesondere das Ziel verfolgt worden, Schüler:innen einen früheren Studien- bzw. Berufseinstieg zu ermöglichen. Es hat sich inzwischen aber herausgestellt, dass durch G8 dieses Ziel nicht erreicht werden konnte. Laut einer Studie vom DIW legen G8-Schüler:innen häufiger eine Pause nach dem Abitur ein („gap year“), wechseln häufiger das Studienfach, nehmen weniger häufig ein Studium auf oder brechen es sogar ab¹⁰. Das steht im Widerspruch zu dem Bildungsauftrag, Kindern und Jugendlichen den Erwerb einer Berufsorientierung und Studierfähigkeit zu ermöglichen, so dass sie ihren Bildungsweg an einer Hochschule oder in unmittelbar berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortsetzen können¹¹.

Schüler:innen im G8-System wiederholen in mehreren Bundesländern häufiger eine Klasse als in G9, zudem erzielen sie etwas schlechtere Abiturnoten als G9-Schüler:innen.¹²

Ein weiterer Aspekt ist ebenfalls zentral. **An Hamburger Gymnasien hat ein erheblicher Prozentsatz der Schüler:innen einen Migrationshintergrund und wächst mehrsprachig auf.** Damit gerade insbesondere diese Schüler:innen ihr gymnasiales Potenzial entfalten können, braucht es Zeit für die Sprachbildung auch an Gymnasien, was durch G9 verbessert werden würde.

Der „Hamburger Masterplan Bildung für nachhaltige Entwicklung 2030“¹³, der einen wesentlichen Beitrag zum UNESCO Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ liefert und die Umsetzung der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen unterstützt, soll sukzessive in die Bildungspläne eingearbeitet werden. Eine Bildung, die Menschen befähigt, die Zukunft in einer globalisierten Welt aktiv, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst zu gestalten, bedarf der Entschleunigung und der Zeit zum Durchdenken und Vertiefen des Stoffs.

Die **Kultusministerkonferenz hat jüngst eine weitere Angleichung struktureller Rahmenbedingungen für die gymnasiale Oberstufe beschlossen**¹⁴. Grundlage hierfür sind die politischen Vorhaben zur „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vom 15. Oktober 2020. Im ersten Schritt wird nun sichergestellt, dass alle Länder künftig in den schriftlichen Abiturprüfungen einen Kern von 50 Prozent an gleichen Abituraufgaben einsetzen. Zudem wurde beschlossen, die Rahmenbedingungen für die Oberstufe anzugleichen. Es ist unklar, wie unter diesen Bedingungen Hamburger Gymnasialschüler:innen in G8 zum Abitur geführt werden können. Es steht zu befürchten, dass die Gymnasialschüler:innen in Hamburg nicht nur die Last der Post-Corona-Auswirkungen und anderer Krisen stärker tragen als Schüler:innen in den Bundesländern, die mittlerweile zu G9

¹⁰ [17-21-3.pdf \(diw.de\)](#)

¹¹ [hbs-gs-neues-schulgesetz.pdf \(hamburg.de\)](#) (HMBSG) 3. Teil, 2. Abschnitt §17

¹² <https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/g8-versus-g9-ueber-den-sinn-und-unsinn-der-abi-reformen/>

¹³ [Hamburger Masterplan BNE 2030](#)

¹⁴ [Kultusministerkonferenz gleicht Rahmenbedingungen für die gymnasiale Oberstufe weiter an \(kmk.org\) 2023_03_16-Vereinb-GymnOberstufe-Abitur.pdf \(kmk.org\)](#)

zurückgekehrt sind, sondern zudem unter ungleichen Rahmenbedingungen die Angleichung der Abiturvorgaben zu bewältigen haben.

Durch das G8-Modell ist eine signifikante Benachteiligung der Abiturient:innen an Hamburger Gymnasien gegeben.

II. Nationaler Vergleich

Viele Bundesländer haben wieder auf G9 umgestellt (Bayern, Saarland¹⁵, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen¹⁶, Schleswig-Holstein). Auch in Baden-Württemberg gibt es intensive Diskussionen: Die Volksinitiative war erfolgreich und derzeit werden Unterschriften für den Volksantrag gesammelt¹⁷. Auch der Philologenverband in Baden-Württemberg unterstützt dieses Vorgehen. Durch das Verbleiben in der G8-Struktur werden Hamburger Gymnasiasten bundesweit schlechter gestellt als andere Gymnasialschüler:innen, die wieder auf G9 umgestellt haben. Dennoch bewerben sie sich nach ihrem Abitur sowohl national als auch international auf dieselben Studien- und Ausbildungsplätze. Das ist für unsere Kinder in Hamburg ein massiver Wettbewerbsnachteil. Ein Jahr länger, um sozial zu reifen, Unterrichtsinhalte zu vertiefen und forschend zu lernen, ist für die Bundesländer, die bereits zurück auf G9 gestellt haben, ein Vorteil.

Junge Menschen sollen durch das Abitur eine Studierfähigkeit erwerben, die nach 12 Jahren schulischer Bildung in der Regel noch nicht vorhanden ist. Durch Vorkurse an der Universität müssen die Schülerinnen und Schüler zunächst studierfähig gemacht werden¹⁸. Teilweise sind die Abiturient:innen noch minderjährig und können sich nicht einmal eigenständig immatrikulieren.

Von Abiturient:innen wird vertiefte Allgemeinbildung, Reflexionsfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein erwartet. Diese zu erlangen erfordert Zeit und kann nur durch qualitativ hochwertige gymnasiale Bildung erreicht werden. Entschleunigung führt dazu, die Stofffülle zu bewältigen, Kompetenzen zu entwickeln und Wissen nachhaltig zu sichern. In Hamburg liegt die Wochenstundenzahl in Jahrgang 5 und 6 bei 30 bzw. 31 Wochenstunden und ab Jahrgang 7 bis 10 bei 34 Wochenstunden. In den anderen Bundesländern, die bereits auf G9 umgestellt haben, wurde insbesondere die Unterstufe- und Mittelstufe deutlich zeitlich entlastet – dort liegen sie in den gleichen Jahrgängen bei 28 bis 30/32 Wochenstunden¹⁹. Die von der KMK vorgesehenen 265 Mindeststunden, die im KMK-Szenario anhand von 9 Schuljahren angenommen werden, bedeuten eine durchschnittliche Stundenzahl von 29,4 Std./ Schuljahr in G9. Demgegenüber bedeuten 265 Mindeststunden unter den derzeitigen Hamburger G8-Bedingungen eine durchschnittliche Stundenzahl von 33,12 Std./ Schuljahr in G8 – diese Rechnung berücksichtigt nicht eine denkbare andere Gewichtung der Wochenstundenzahl nach Jahrgangstufe unter G9, so dass durch eine möglich Reduzierung der Stunden in der Unter- und Mittelstufe eine erhöhte Stundenkapazität in der Oberstufe zur Verfügung stehen könnte.

¹⁵ Saarland - Medieninformationen - Einführung von G9: Landesregierung beschließt Gesamtkonzept und Gesetzentwurf

¹⁶ Weiterentwicklung des Gymnasiums (G8/G9) | Bildungsportal NRW (schulministerium.nrw)

¹⁷ G9 jetzt Baden-Württemberg (g9-jetzt-bw.de)

¹⁸ Studierfähigkeit: Da läuft etwas ganz schief - Forschung & Lehre (forschung-und-lehre.de)

¹⁹ [Wochenpflichtstunden der SchuelerInnen 2022.pdf \(kmk.org\)](#) mit Ausnahme Bayern, dort wurden in Klassenstufe 10 die Wochenstundenzahl in G9 bei 34 belassen.

Aktuelle bildungspolitische Entwicklungen dürfen nicht zum Nachteil der Hamburger Gymnasiast:innen entschieden werden.

Es gibt genügend Beispiele, an denen sich der Hamburger Senat und die Bürgerschaft zur Wiedereinführung des G9-Modells orientieren können. Aktuell hat der Landtag im Saarland dem Gesetzentwurf zur Einführung von G9 am Gymnasium zugestimmt²⁰, das Gesetz wird mit Anwendung ab 1. August 2023 in Kraft treten. Das neunjährige Gymnasium wird sowohl für die jetzigen Klassenstufen 5 und 6 wie auch für die neuen Fünftklässler:innen diesen Sommer und alle folgenden Klassen ab 1. August 2023 offiziell eingeführt. Somit werden die ersten Schüler:innen ihr Abitur am Gymnasium nach neun Jahren im Jahr 2030 ablegen, mit dem obersten Ziel „der zeitlichen Entlastung der Schüler:innen in der Sekundarstufe I am Gymnasium und der Modernisierung der Inhalte“. Ähnlich wie in Hamburg schlossen sich im Saarland bisher an die vierjährige Grundschule zwei weiterführende Schularten an: die Gemeinschaftsschule und das bislang 8-jährige Gymnasium. Unter anderem kann auch in NRW eine Liste der Schritte für die Umstellung von G8 auf G9 analog geprüft werden²¹.

III. Aktuelle Herausforderungen

Unsere Gesellschaft steht in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen, in denen der Bildung, dem Wissenserwerb und der sozialen Reife von Kindern und Jugendlichen eine Schlüsselstellung zukommt. Den Folgen von Klimakrise, Geburtenrückgang und kriegerischen Auseinandersetzungen ist nur mit Entschleunigung für Stressresistenz, einem interessengeleiteten Wissenserwerb und einer Stärkung der kognitiven und digitalen Kompetenzen zu begegnen. Nur so kann Deutschland international zukunftsfähig gemacht werden und Wohlstand und sozialer Frieden erhalten bleiben. Schon heute stehen wir vor der Situation, dass es gerade in den hierfür wesentlichen MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) einen massiven Wissensseinbruch gibt, der zu einem dramatischen Rückgang der Studienanfänger:innen in diesen Bereichen führt. Die stärkere Förderung der Kernfächer sowie der MINT-Fächer darf dabei nicht auf Kosten der historischen und ästhetischen Fächer gehen, denen ein wesentlicher Stellenwert für Demokratieverstehen und die Formung kognitiver und sozialer Fähigkeiten zukommt.

Der Zeitdruck, der durch ein G8-Modell entstanden ist, hat sich durch die vergangenen Coronamaßnahmen massiv verstärkt. Eine Zunahme von Depressionen, Essstörungen und Angstzuständen bei Jugendlichen ist nachgewiesen²².

Die G8-Struktur für Gymnasialschüler:innen war weder vor noch nach der Corona-Pandemie gerechtfertigt. Denn bereits vor März 2020 zeigte sich, dass die Abiturient:innen zu jung waren, um ein Hochschulstudium aufzunehmen und viele Inhalte erst nachträglich erworben werden mussten. Die Corona-Pandemie verschärfte die Situation dann nochmals. Und auch heute ist eine Normalität (wie vor der Pandemie) noch nicht eingetreten. Eltern, Lehrer und vor allem Kinder haben große Bereitschaft und Engagement gezeigt, auch während der Pandemie mit neuen Vermittlungsformen die Anforderungen des Curriculums zu bewältigen. Es ist jedoch dringend notwendig, unseren Kindern Zeit zu geben und den Druck nicht noch größer werden

²⁰ [Saarland - Medieninformationen - Wichtiges Versprechen eingelöst: Landtag beschließt die Rückkehr zu G9 an saarländischen Gymnasien](#)

²¹ [521Anlage Schritte der Umstellung G8 G9 überarbeitet final.pdf \(schulministerium.nrw\)](#)

²² [Pandemie: Depressionen und Essstörungen bei Jugendlichen steigen weiter an | DAK-Gesundheit](#)

zu lassen. Allgemein sind die seelischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen auch nach dem Ende der Pandemie noch deutlich höher als davor²³.

Lernferien sind ein mögliches Angebot, um Lernlücken zu schließen. Doch die Kinder und Jugendlichen benötigen auch Zeit sich zu erholen und ihr außerschulisches Leben sowie ihre Resilienz zu stärken. Gerade Schüler:innen aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien erwächst dabei ein massiver Nachteil, da hier Lerninhalte kaum noch aufgeholt werden können. Fördermaßnahmen und Lernmöglichkeiten während der Schulzeit bedeuten eine weitere Verschärfung der Situation, da Gymnasialschüler:innen bis spät in den Nachmittag hinein an der Schule sind, danach noch Hausaufgaben erledigen oder sich für Klausuren/Tests vorbereiten müssen. Wir schließen uns diesbezüglich der damaligen Aussage der Elternkammer an: „Die Verluste lassen sich nicht durch zusätzliche Förderprogramme am Nachmittag, Lernferien, Samstagsunterricht, stigmatisierende Klassenwiederholungen oder ähnliche Maßnahmen auffangen.“²⁴

Eine zeitliche Entlastung der Schüler:innen, insbesondere durch Reduzierung des Nachmittagsunterrichts, ist dringend notwendig, um Zeit für das Vertiefen von Lerninhalten zu geben und das inner- und außerschulische Engagement zu stärken, das für die seelische und soziale Reifung wichtig ist.

Die Schüler:innen, die sich vor der Pandemie für das Gymnasium entschieden haben und dementsprechend die G8-Variante eines „Turboabis“ in 8 Jahren absolvieren, konnten nicht damit rechnen, welche erschwerten Bedingungen auf sie zukommen würden. Dieser Druck ist nun eine doppelte Belastung für die Schüler:innen, die sich schon auf dem Gymnasium befunden haben, gerade auch für solche, deren Muttersprache nicht Deutsch ist.

IV. Bildungskonzepte

Bereits vor Einführung von G8 an Hamburger Gymnasien konnte das Abitur an den damaligen Gesamtschulen in 9 Jahren erworben werden. Die Gesamtschulen führten vergleichbar mit den heutigen Stadtteilschulen zu allen Bildungsabschlüssen – das Konzept ist also nicht neu. Parallel dazu führten Hamburger Gymnasien vor 2010 ebenfalls in 9 Jahren zum Abitur.

Die heutigen Hamburger Stadtteilschulen, die in 9 Jahren zum Abitur führen, zeichnen sich durch ein anderes Bildungskonzept als die Gymnasien aus: aufgrund kleinerer Klassengrößen und eines höheren Personalschlüssels können die Schüler:innen hier intensiver lernen, gezielt gefördert werden und Wissen festigen.²⁵ Zudem bieten sie in einem heterogenen Lernumfeld und einem durchlässigen System weiterhin alle Bildungsabschlüsse an. Die Stadtteilschulen würden mittelbar durch eine Rückkehr der Gymnasien zu G9 profitieren, indem die Bildungspolitik dazu aufgerufen wird, auch mehr für die Qualität der Stadtteilschulen zu tun, als sich allein darauf zu berufen, dass dort das Abitur in 9 Jahren möglich ist. Bereits 2017 wurde von Seiten der GEW die Überlastung an den Stadtteilschulen durch abgeschulte Gymnasiast:innen nach Klasse 6 moniert.²⁶

²³ UKE - Child Public Health - COPSYS-Studie

²⁴ Hamburg-Hammer: Elternkammer fordert Verlängerung des Schuljahres - Hamburger Abendblatt

²⁵ <https://www.hamburg.de/contentblob/14627024/751f112e4f55a829210e63a62a1c5e5a/data/pdf-hamburger-bildungsbericht-2020.pdf>

²⁶ <https://taz.de/Hamburger-Gymnasien-sortieren-aus/!5406673/>

Auch in anderen Bundesländern wie dem Saarland und Schleswig-Holstein gibt es – ähnlich wie in Hamburg – ein zwei Säulensystem und dennoch wurde hier die Rückkehr zu G9 an Gymnasien beschlossen. Bislang blieb der befürchtete „Run“ auf die Gymnasien aus und die dortigen Gemeinschaftsschulen überzeugen durch ihr Konzept.

Die im Dezember vorgestellten neuen Bildungspläne werden ab August 2023 eine dreijährige Erprobungsphase haben. Welche Auswirkungen diese auf den Stundenumfang haben und welche neuen Anforderungen sowohl auf die Lehrer:innen als auch auf die Schüler:innen zukommen, ist noch nicht geklärt. G9 böte eine Möglichkeit diesen Anforderungen zu begegnen.

V. Kosten und Kostendeckungsvorschlag

a. Schätzung für zusätzlichen Raumbedarf

Der Schätzung der Baukosten für den zusätzlichen Raumbedarf wird gemäß Musterflächenprogramm ein Bedarf von 10 qm/Schüler:in sowie unter Einbeziehung des für die nächsten Jahre prognostizierten Anstiegs eine Schüler:innenzahl von 7.500 an Gymnasien zugrunde gelegt.

Es müssten laut Schulentwicklungsplanung rd. 75.000 qm schulische Flächen mittelfristig neu errichtet werden. Bei Baukosten in Höhe von rd. 4.000 Euro/qm (Stand: 2022) ergeben sich hieraus Investitionskosten in Höhe von rd. 300 Mio. Euro. Nicht berücksichtigt sind die Baunebenkosten für Planung sowie ggf. Grunderwerb und Erschließung sowie die strukturellen Mehrkosten aufgrund der Steigerung der Mietkosten um jährlich rd. 15 Mio. Euro (darin enthalten Bewirtschaftungskosten in Höhe von jährlich rd. 7,3 Mio. Euro (Stand 2023) für Strom, Gas, Wasser, Entsorgung, Reinigung, Schulmeisterei und Instandhaltung).

Aufgrund der Folgewirkung der Erhöhung der Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft ist von einmalig rd. 29 Mio. Euro und strukturell jährlich rd. 7 Mio. Euro auszugehen.

Dennoch gibt es verschiedene Optionen, so dass eine komplette Ausschöpfung dieser Kosten nicht unbedingt erforderlich ist. Aufgrund der langen Vorlaufzeiten bei der Umsetzung ist die kurzfristige Schaffung des zusätzlichen Raumbedarfes durch die Nutzung noch offener Raumreserven bis zum Durchwachsen des Wachstums der Schüler:innenzahlen möglich. Somit müsste ermittelt werden, welche räumlichen Reserven an den einzelnen Schulen vorhanden sind. Auch eine Schülerlenkung an benachbarte Gymnasien kann den Effekt eines möglichen Lehrer-/Raummangels kurzfristig abmildern und die Stellung von Klassenzimmercontainern könnte übergangsweise die Raumsituation entspannen.

b. Schätzung für zusätzliche Personalkosten

Bei einer Umsetzung des vorliegenden Gesetzentwurfs sind strukturelle Personalmehrkosten in Höhe von rd. 6,2 Mio. Euro jährlich zu erwarten:

	Mehrbedarf in Stellen	Mehrkosten in Tsd. Euro
Grundbedarf	45,6	4.750
Ganztage	11,2	1.055
Inklusion	3,9	406
Gesamt	60,7	6.211

Grundbedarf

Der Grundbedarf pro Schüler:in bemisst sich nach der Klassengröße, der Faktorisierung im Rahmen des Lehrerarbeitszeitmodells (Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungsaufwand) und der Wochenstundenzahl.

Es wird eine Umverteilung der bisher erteilten 265 Grundstunden auf 9 Jahre vorgesehen. Modellhaft würden den Jahrgangsstufen 5 – 8 jeweils 30 Grundstunden und in den Stufen 9 – 13 jeweils 29 Stunden zugewiesen werden. Die neue Jahrgangsstufe 11 erhielte – wie die Jahrgangsstufe 11 an Stadtteilschulen – einen durchschnittlichen Lehrerarbeitszeit-(LAZ)-Faktor von 1,7. Nach Durchwachsen der G9-Struktur entstünden strukturelle Mehrbedarfe in Höhe von 45,6 Stellen, verbunden mit Mehrkosten in Höhe von 4,75 Mio. Euro. Der Mehrbedarf trotz unveränderter Grundstundenzahl und gleicher Klassenfrequenz ergibt sich aus dem LAZ-Faktor, da die Jahrgangsstufen mit geringerer Stundenzahl einen geringeren Faktor haben als die neue Jahrgangsstufe 11.

Dennoch werden die Personalkosten sukzessive anfallen und bis zu dem Durchwachsen sind die Personalkosten anteilig zu rechnen.

Ganztag

Die Absenkung der Grundstundenzahl in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 führte an Gymnasien, die ihren Ganztag als GTS nach Rahmenkonzept organisieren, zu einer Erhöhung der zu betreuenden Nachmittagsstunden im Ganztag.

	Lehrerstellen	SozPäd	Honorarstd. in Euro
Bedarf bei G9	17,31	17,45	467.082
Bedarf bei G8	10,87	12,70	398.381
Differenz	6,44	4,75	68.701
Differenz in Euro	670.810	315.015	68.701
Mehrkosten gesamt		1.054.526	

Inklusion

Die verlängerte Schulzeit führte bei Schülerinnen und Schüler mit speziellen Förderbedarfen, die die gymnasiale Oberstufe besuchen, zu einer um 50% erhöhten Zuweisung, weil die schülerbezogene Ressource bei G9 nicht zwei, sondern drei Jahre lang zugewiesen wird.

	SuS KlSt. 11, 12	Stellen
G8 (KlSt. 11,12)	29	7,7
G9 (KlSt. 11- 13)	43,5	11,6
Differenz		3,9
Differenz in Euro		406.236

c. Kostendeckungsvorschlag

Grundsätzlich verzeichnet Hamburg eine steigende Schülerzahl. Aber die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums wird, wenn überhaupt, zu keiner signifikanten Erhöhung der Schülerzahlen führen. Anders als bei der Einführung von G8 im Jahr 2010 wird es keinen Doppeljahrgang geben, für den zusätzliche Räume notwendig werden.

Eine finanzielle Mehrbelastung, um mittelfristig den Raummangel auszugleichen, ist nicht nur gerechtfertigt, sondern eine dringend notwendige Investition für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. In Nordrhein-Westfalen²⁷ wurde dazu das „Gesetz zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9)“ erarbeitet, welches den finanziellen Ausgleich zwischen Land und Schulträgern, für die durch die Rückkehr zu G9 entstehenden wesentlichen Belastungen normiert.

Die eingeführten Vorkurse an der Universität können eingespart werden, was Kosten zeitnah minimiert.

Außerdem könnte die Einführung einer Kurabgabe und die Erhöhung der Bettensteuer einen Teil der Kosten decken. Die Hansestadt Hamburg hat jährlich 111 Millionen Tagesgäste und zuletzt 14,7 Millionen Übernachtungen (2022). Eine Kurabgabe für touristische Aktivitäten (Besuch der Elbphilharmonie, Hamburger Michel, Museen, etc.) könnte in diesem Fall einen Teil der Kosten decken. Auch die Bettensteuer könnte um 0,30 EUR pro Tag erhöht werden.

Bei den geschätzten Baukosten handelt es sich nicht um strukturelle, dauerhafte Kosten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die gesamten Baumaßnahmen nicht in einem Haushaltsjahr umsetzbar sind, sondern sich die Baukosten auf mehrere Haushaltsjahre verteilen dürften.

Die strukturellen Kosten belaufen sich auf rd. 28,2 Mio. Euro und haben damit einen geringeren Anteil als 0,5 Prozent des Gesamthaushalts der Hansestadt Hamburg.

²⁷[SGV Inhalt : Gesetz zur Regelung des Belastungsausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium \(Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9\) | RECHT.NRW.DE](#)

B. Einzelbegründung

Zu Artikel 1

Artikel 1 regelt durch die Neufassung des § 17 Abs. 1 HmbSG, dass das Gymnasium zukünftig in einem neunjährigen Bildungsgang angeboten wird und die Klasse 11 die Vorstufe zur Vertiefung, Orientierung und Vorbereitung der Schüler bildet sowie die Jahrgangsstufen 12 und 13 die Oberstufe umfassen.

In § 42 Abs. 5 Satz 3 HmbSG ist daher entsprechend bei der Formulierung „Anforderungen des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs“ der Begriff „achtjährigen“ ersatzlos zu streichen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die erforderlichen Übergangsbestimmungen. Durch die dringende Notwendigkeit, die Wissenslücken zu schließen, die durch den Fernunterricht in der COVID19-Pandemie entstanden sind, soll ein Wechsel zum G9-Bildungsgang auch für die Schüler:innen der Klassen 6 bis 10 ermöglicht werden. Hierdurch soll Zeit zum Nachholen der versäumten Themen und zum Schließen von Wissenslücken geschaffen werden. Dafür soll für diese Klassen eine gleichmäßige Verteilung (lineare Streckung) der Bildungsplaninhalte des G8-Bildungsplans der Klassenstufen 11 bis 12 auf die Klassenstufen 11 bis 13 vorgenommen werden.

Spätestens zwei Schuljahre nach Einführung des G9 sollte ein neu entwickelter G9-Bildungsplan für alle Klassenstufen des allgemeinbildenden Gymnasiums in Kraft treten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Ein Kalenderjahr wird hierbei nicht genannt. Dies hat den Hintergrund, dass das Gesetz in Form dieser Volksinitiative in die Bürgerschaft eingebracht werden soll.

Ziel ist es jedoch, die Umstellung auf G-9 schnellstmöglich herbeizuführen. Aus diesem Grund soll die Umstellung zum nächsten auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Schuljahr, das gem. § 36 Abs. 1 Satz 1 HmbSG am 1. August beginnt, erfolgen.

ⁱ Angelehnt an die Corona Regelung der BSB Hamburg <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/schulbehoerde/veroeffentlichungen/presse-meldungen/2021-02-24-bsb-lassenwiederholungen-grosszuegiger-moeglich-891564#:~:text=Fast%20ein%20halbes%20Schuljahr%20lang,%E2%80%9EVerbot%20des%20Sitzenbleibens%E2%80%9C%20auf.>

Übersicht der Eintragungsstellen für die persönliche Eintragung¹⁾

Hamburg Service vor Ort – Standort für Einwohnerangelegenheiten	Postleitzahl	Anschrift	Öffnungszeiten
Hamburg-Mitte	20355	Caffamacherreihe 1-3	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Billstedt	22111	Öjendorfer Weg 9	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
City	20095	Spitalerstraße 4	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr Sonnabend: Sonderöffnungszeiten
Altona	22765	Ottenser Marktplatz 10	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Blankenese	22587	Sülldorfer Kirchenweg 2a	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Eimsbüttel	20144	Grindelberg 62-66	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Niendorf	22453	Garstedter Weg 11	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Nord	20249	Lenhartzstraße 28	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Barmbek-Uhlenhorst	22305	Poppenhusenstraße 6	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Langenhorn	22415	Langenhorner Markt 7	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Wandsbek	22041	Schloßstraße 60	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Alstertal	22391	Wentzelplatz 7	Montag, Mittwoch, Freitag: 7.30-13.30 Uhr Dienstag und Donnerstag: 9.00-18.00 Uhr
Bramfeld	22179	Herthastrasse 20	Montag: geschlossen Dienstag: 10.00-18.00 Uhr Mittwoch: 8.00-15.00 Uhr Donnerstag: 8.00-12.00 Uhr Freitag: 8.00-14.30 Uhr
Rahlstedt	22143	Rahlstedter Straße 151	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Bergedorf	21029	Weidenbaumsweg 21	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Harburg	21073	Harburger Rathausforum 3	Montag-Freitag von 7.00-19.00 Uhr
Süderelbe	21149	Neugrabener Markt 5	Montag: 8.00-15.00 Uhr Dienstag: 9.00-18.00 Uhr Mittwoch: geschlossen Donnerstag: 8.00-16.00 Uhr Freitag: 7.00-13.00 Uhr

¹⁾ Eine Barrierefreiheit ist bei allen aufgeführten Standorten gewährleistet.

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Offenes Verfahren

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Behörde für Inneres und Sport -Polizei-

Art des öffentlichen Auftraggebers: Obere, mittlere und untere Landesbehörde

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Lieferung und Einbau von elektrohydraulischen Fahrtragen mit passendem elektrohydraulischen Beladesystem sowie optional die Lieferung elektrisch betriebener Treppenstühle (Patiententragesessel) für die Feuerwehr Hamburg

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg – beabsichtigt im Auftrag der Feuerwehr den Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung und den Einbau von elektrohydraulischen Fahrtragen mit passendem elektrohydraulischem Beladesystem nach DIN EN 1789, DIN EN 1865-2 und 3, DIN EN 1865-5, IEC60601-1 sowie optional die Lieferung und den Einbau von klappbaren elektrisch betriebenen Treppenstühle (Patiententragesesseln) nach DIN EN 1865-4.

Kennung des Verfahrens: c9e631aa-b3a0-4e5c-8c93-872bb3124f76

Interne Kennung: BIS 20242120747

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Lieferungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 35112000
Rettungs- und Notfallausrüstung

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Hamburg
Postleitzahl: 20539

NUTS-3-Code: Hamburg (DE600)
Land: Deutschland

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 5,450,000 Euro

Allgemeine Informationen

2.1.6 Ausschlussgründe

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Lieferung und Einbau von elektrohydraulischen Fahrtragen mit passendem elektrohydraulischen Beladesystem sowie optional die Lieferung elektrisch betriebener Treppenstühle (Patiententragesessel) für die Feuerwehr Hamburg.

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Zentrale Vergabestelle der Behörde für Inneres und Sport – organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg – beabsichtigt im Auftrag der Feuerwehr den Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung und den Einbau von elektrohydraulischen Fahrtragen mit passendem elektrohydraulischem Beladesystem nach DIN EN 1789, DIN EN 1865-2 und 3, DIN EN 1865-5, IEC60601-1 sowie optional die Lieferung und den Einbau von klappbaren elektrisch betriebenen Treppenstühle (Patiententragesesseln) nach DIN EN 1865-4.

Interne Kennung: 5597eca9-40ae-444d-bab7-1908dde01472

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Lieferungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 35112000
Rettungs- und Notfallausrüstung

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monat

Laufzeit: 48

5.1.6 Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung: • Identifikationsnummer • Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister • Registergericht

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung: • Erklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit • Umsatzzahlen

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung: • Erklärung zu den vorhandenen personellen und technischen Mitteln • Erklärung zu vergleichbaren Leistungen • Referenzliste über bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art • Erklärung über die Inanspruchnahme einer Eignungsleihe • Falls zutreffend: Erklärungen bei Weitervergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer • Falls zutreffend: Angaben des Unterauftragnehmers zur Eignung • Falls zutreffend: Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer • Falls zutreffend: Erklärung zur Bietergemeinschaft •

- Voraussetzung für die Auftragserteilung ist eine mindestens 3 Jahre bestehende Geschäftstätigkeit
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
- 5.1.10 Zuschlagskriterien
Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preis
Beschreibung: Preis
Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100
- 5.1.11 Auftragsunterlagen
Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 26/08/2024, 18.00 +02.00
Internetadresse der Auftragsunterlagen:
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/0c46d2ca-c28d-40f7-b473-bd74d1aca2a7>
- 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe
Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung:
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/0c46d2ca-c28d-40f7-b473-bd74d1aca2a7>
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Nebenangebote: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 02/09/2024, 10.00 +02.00
Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 59 Tag
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.
Zusätzliche Informationen: Gemäß §56 Abs. 2 VgV, §51 Abs. 2 SektVO, §16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: • Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB • Erklärung über das Nichtvorliegen von Verfehlungen (Gesetz zum Schutz fairen Wettbewerbs) • Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes • Erklärung zur sozialverträglichen Beschaffung (Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen) • Erklärung zur umweltverträglichen Beschaffung • Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen • Eigenerklärung „5. RUS-Sanktionspaket“
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
- Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs.1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zu Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, eine Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- 5.1.15 Techniken
Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem
Elektronische Auktion: nein
- 5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung
Überprüfungsstelle:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Polizei Hamburg – Beschaffungs- und Vergabecenter der BIS – LPV 212
- 8 **Organisationen**
- 8.1 ORG-0001
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Inneres und Sport -Polizei-
Identifikationsnummer:
84923a4b-6b53-493a-8db1-b0b5d0511e4c
Abteilung: Landespolizeiverwaltung -LPV 21-
Postanschrift: Bruno-Georges-Platz 1
Ort: Hamburg
Postleitzahl: 22297
NUTS-3-Code: Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
Kontaktstelle: Landespolizeiverwaltung -LPV 21-
E-Mail: ausschreibungen@polizei.hamburg.de
Telefon: +49 40428669210
Internet-Adresse: <https://t1p.de/xbnqg>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
- 8.1 ORG-0002
Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Identifikationsnummer:
fc2a82a7-8962-48a4-bf78-45738e80fa10

Abteilung: Rechts- und Abgabenabteilung
Postanschrift: Postfach 30 17 41
Ort: Hamburg
Postleitzahl: 20306

NUTS-3-Code: Hamburg (DE600)
Land: Deutschland

Kontaktstelle: Rechts- und Abgabenabteilung
E-Mail: vergabekammer@fb.hamburg.de
Telefon: +49 40428231690
Fax: +49 40427923080
Internet-Adresse: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725152/>

Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Polizei Hamburg – Beschaffungs- und Vergabecenter der BIS – LPV 212

Identifikationsnummer:
eccf3007-bfa5-4561-9245-1240b2872114

Abteilung: LPV 212
Postanschrift: Bruno-Georges-Platz 1
Ort: Hamburg
Postleitzahl: 22297

NUTS-3-Code: Hamburg (DE600)
Land: Deutschland

Kontaktstelle: LPV 212
E-Mail: ausschreibungen@polizei.hamburg.de
Telefon: +49 40428669284
Fax: +49 40427999186
Internet-Adresse: <https://hamburg.de/polizei/>

Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung:
3201157a-b394-4e87-b807-45f159f705c8 – 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:
30/07/2024, 09.08 +02.00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Hamburg, den 31. Juli 2024

Die Behörde für Inneres und Sport
– Polizei –

907

Offenes Verfahren

- 1) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36
20354 Hamburg
Deutschland
+49 40428231386
+49 40427310686
ausschreibungen@fb.hamburg.de

- 2) Verfahrensart (§§ 8 ff. UVgO)
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind (§ 38 UVgO):
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
- 4) Entfällt
- 5) Lieferung von Reinigungsmitteln für die FHH
Ausgeschrieben wird die Lieferung von Reinigungsmitteln für die Freien und Hansestadt Hamburg.
Ort der Leistungserbringung: Hamburg
- 6) Anzahl, Größe und Art der Lose bei Losaufteilung (§ 22 UVgO):
Losweise Ausschreibung: Nein
- 7) Zulassung von Nebenangeboten (§ 25 UVgO):
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Ausführungsfrist(en):
Vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2025
Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr bis zum 31. Dezember 2028
- 9) Vergabeunterlagen (§§ 29, 21 UVgO):
Die Vergabeunterlagen sind über die Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/3cab482c-1025-4047-9002-1960c8046444>
elektronisch abrufbar.
- 10) Ende der Teilnahme- oder Angebotsfrist und Ende der Bindefrist:
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
29. August 2024, 10.00 Uhr
Bindefrist: 31. Dezember 2024, 00.00 Uhr
- 11) Entfällt
- 12) Entfällt
- 13) Entfällt
- 14) Zuschlagskriterien, sofern nicht in den Vergabeunterlagen genannt (§ 43 UVgO):
Niedrigster Preis

Hamburg, den 24. Juli 2024

Die Finanzbehörde

908

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 175-24 CR**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Rückbau der Außenanlagen,
Am Hannoverschen Bahnhof 27, 20457 Hamburg

Bauftrag: Abbruch

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 300.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
Beginn: schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung: ca. Oktober 2024

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
16. August 2024 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg

Einkauf/Vergabe

vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg.de/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 1. August 2024

Die Finanzbehörde

909

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg

unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 178-24 WH**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Schadenssanierung Mensagebäude,

Max-Eichholz-Ring 25, 21031 Hamburg

Bauftrag: Dachdecker und Klempner

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 210.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Beginn: schnellstmöglich nach Beauftragung;

Fertigstellung: ca. Dezember 2024

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:

22. August 2024 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg

Einkauf/Vergabe

vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg.de/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 1. August 2024

Die Finanzbehörde

910

Gerichtliche Mitteilungen

Terminsbestimmung:

71 K 18/23. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am **Dienstag, 15. Oktober 2024, 9.30 Uhr**, 224, Sitzungssaal, Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, 20355 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eppendorf – Gesellschaft bürgerlichen Rechts – an Gemarkung Eppendorf, Flurstück 2463, Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Hoffläche, Anschrift Loogeplatz 3, 592 m², Blatt 4658 BV 1.

Objektbeschreibung/Lage (laut Angabe des Sachverständigen): Doppelhaushälfte; Baujahr etwa 1921; Wohnflächen: 315 m² verteilt auf 8 Zimmer in Erdgeschoss, Obergeschoss und Dachgeschoss sowie 87 m² verteilt auf 2 Zimmer mit Bad und 1 Raum (als Abstellraum) im Kellergeschoss; Ölzentralheizung (Baujahr etwa 2000) mit zentraler und dezentraler Warmwasseraufbereitung. Bauzustand: knapp ausreichend. Ein Sanierungsbedarf wurde geschätzt auf 475.000,- Euro. Die Immobilie wurde im Zeitpunkt der Besichtigung eigen genutzt.

Verkehrswert: 4.505.000,- Euro.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. April 2023 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 9. August 2024

Das Amtsgericht, Abt. 71

911

Terminsbestimmung:

541 K 11/23. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Freitag, 18. Oktober 2024, 9.30 Uhr**, Raum 18, Sitzungssaal, Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Dormienstraße 7, 22587 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Sülldorf Gemarkung Sülldorf, Flurstück 204, Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Freifläche, Anschrift Grimmstraße 44, 505 m², Blatt 1850 BV 1.

Objektbeschreibung/Lage (laut Angabe des Sachverständigen): Es handelt sich um ein etwa 505 m² großes, mit einem Einfamilienhaus bebautes Grundstück, Ursprungsbaujahre 1953/60/64, ein Vollgeschoss, Satteldach und Teilkeller. Es besteht Modernisierungsbedarf; die Beheizung erfolgt über eine Ölheizung. Die Wohnfläche beträgt etwa 87,3 m²; 3 Zimmer, Küche, 2 Sanitärräume. Im Übrigen wird auf das Sachverständigengutachten Bezug genommen.

Verkehrswert: 375.000,- Euro.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. November 2023 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung:

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 9. August 2024

**Das Amtsgericht
Hamburg-Blankenese**

Abteilung 541

912

Terminsbestimmung:

717 K 41/23. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Freitag, 11. Oktober 2024, 10.00 Uhr**, Sitzungssaal 157, Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Schädlerstraße 28, 22041 Hamburg, öffentlich versteigert werden:

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Jenfeld Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil 450/903, Sondereigentums-Art Wohnung und Garage, SE-Nummer 1, Blatt 5135 an Grundstück Gemarkung Jenfeld, Flurstück 1139, Wirtschaftsart und Lage Gebäude- und Freifläche, Anschrift Raawisch 36, 36a, 899 m².

Objektbeschreibung/Lage laut Angabe des Sachverständigen: Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss, Wohnfläche etwa 120,22 m², 5 Wohnräume, Küche, Bad, WC, Baujahr 2003, Gasbrennwerttherme mit Fußbodenheizung. Eine Innenbesichtigung wurde nicht ermöglicht.

Verkehrswert: 520.000,- Euro.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. September 2023 in das Grundbuch eingetragen worden.

Aufforderung

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 9. August 2024

**Das Amtsgericht
Hamburg-Wandsbek**

Abteilung 717

913

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Der Verein **Gesellschaft zur Ausrichtung der Hamburger medizinischen Symposien e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 9642), mit dem Sitz in Hamburg, ist aufgelöst worden. Zum Liquidatoren wurde Herr Prof. Dr. Heiner Greten, Lohmühlenstraße 5, 20099 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche unter der oben angegebenen Adresse bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 10. Juni 2024

Der Liquidator 914

Gläubigeraufruf

Der Verein **GÖD-Bildungswerk e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 23344), ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23. Mai 2024 aufgelöst worden. Zum Liquidator wurde Herr Wolfgang Schneider, Richardstraße 73/74, 12043 Berlin, bestellt. Die Gläubiger werden

gebeten, ihre Ansprüche unter der oben angegebenen Adresse bei dem Verein anzumelden.

Erding, den 31. Juli 2024

Der Liquidator 915

Gläubigeraufruf

Der Verein **KINDERTRÄUME – SUENOS DE NINOS e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 23397), Lüttmel-land 26A, 22393 Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 8. Juni 2024 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden der Vorsitzende des Vereins und der Vorstand bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei der oben angegebenen Adresse bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 29. Juli 2024

Die Liquidatoren 916